

Grundlagen des Disziplinarrechts

- I. Die Stellung des Disziplinarrechts in der Rechtsordnung
 - 1. Einleitung
 - 2. Disziplinarrecht im internationalen Überblick
 - 3. Der disziplinarer Regelung unterworfenen Personenkreis
 - 4. Beziehungen zwischen Disziplinar- und Straf-/ Ordnungswidrigkeitenrecht
 - 5. Außerdisziplinarrechtliche Folgen schuldhaften Fehlverhaltens
- II. Materielles Disziplinarrecht
 - 1. BDO und BBG
 - 2. Elemente des Dienstvergehens
- III. Disziplinarmaßnahmen als spezifische Sanktionen
 - 1. Arten und Systematik
 - 2. Regeln für die Zumessung von Disziplinarmaßnahmen
- IV. Disziplinarverfahrensrecht
 - 1. Sachverhaltsaufklärung als eigener Abschnitt
 - 2. Disziplinarbehördliches („nichtförmliches“) Verfahren
 - 3. Disziplinargerichtliches („förmliches“) Verfahren
- V. Ausblick

I. Die Stellung des Disziplinarrechts in der Rechtsordnung

1. Einleitung

- a) „(E)in begriffliches Korrelat der Disziplinarstrafe (ist) das Prinzip der Unmöglichkeit willkürlicher Entlassung der Beamten“ (M. von Seydel 1888).¹ Aus dem „Wesen“ des Disziplinarrechts „als einem ausschließlich der Reinigung des Berufsbeamtentums von dafür ungeeigneten Amtsträgern oder deren Erziehung dienenden Rechtssystem“ folge, daß „bei dessen Anwendung . . . die gesamte

Persönlichkeit des betroffenen Beamten und nicht, wie im Strafrecht, eine bestimmte Tat Gegenstand der Betrachtung und Würdigung ist“.² „(D)ie Bestimmungen über die Verfolgung von Dienstvergehen von (aktiven oder früheren) Beamten, Richtern oder Soldaten (sind) Dienstordnungsrecht (,) auch nach Beendigung des Dienstverhältnisses“. Als „vergeltungsfreies Maßnahmerecht“ bezwecken sie „die Aufrechterhaltung eines geordneten Dienstbetriebs und erfüll(en) neben der Schutzfunktion zugunsten des betr. (früheren) Bediensteten eine dem Interesse der Allgemeinheit dienende Ordnungsfunktion“. Das Dienstvergehen (s. § 77 I BBG) bestehe „in der schuldhaften Verletzung der besonderen, nur einem bestimmten Kreis von Staatsbürgern auferlegten dienstlichen Pflichten (,) die Disziplinarmaßnahme gegen einen (noch oder ehemals) in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis Stehenden (erfaßt) diesen in seinem besonderen Rechts- und Pflichtenstatus“.³ Das disziplinargerichtliche Verfahren schließlich sei „mit den erforderlichen rechtsstaatlichen Garantien ausgestattet (und) gewähr(e) in der Sache, also bei Feststellung des Tatbestands, bei der Ahndung des Disziplinarvergehens und bei der Festsetzung der Rechtsfolgen, den“ – im Hinblick auf die allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 101 BayVerf., entspr. Art. 2 I GG) – notwendigen Rechtsschutz.⁴

- b) Diese Blütenlese von Stellungnahmen aus Literatur und Rechtsprechung beleuchtet wichtige, wenngleich nicht alle Facetten des Disziplinarrechts als eines „Rechtsgebiet(s), das mit fast allen Zweigen unseres Rechtslebens Berührungspunkte hat“.⁵ Eine solche Aussage trifft auch, ja, gerade dann zu, wenn Disziplinarrecht als Summe der Rechtsvorschriften definiert wird, welche die Verfolgung und Ahndung berufsbezogenen Fehlverhaltens in einem geordneten Verfahren beinhalten. Eine derart weite Begriffsbestimmung, die weniger am Kreis der einbezogenen Personen als an der Art der Reaktion auf bestimmte Pflichtverletzungen ansetzt, mag dazu beitragen, „Grundlagen des Disziplinarrechts“, wie sie bereits vor über einem Jahrzehnt an dieser Stelle erörtert wurden⁶, als allgemeine Problematik, nicht (nur) als Sonderrecht privilegierter Gruppen recht zu verstehen.

2. Disziplinarrecht im internationalen Überblick

Disziplinar-, Dienstordnungsrecht ist keine Eigenart des nationalen, deutschen Rechts.

- a) Das Dienstrecht der E. G. etwa kennt ebenfalls ein die Funktionsfähigkeit der Verwaltung sicherndes Disziplinarrecht, dessen Maßnahmeskala weithin der deutschen entspricht, während das Verfahren anders gestaltet, insbesondere der (nachträgliche) Rechtsschutz im Hinblick auf den Prüfungsumfang eingeschränkt ist.⁷ Eine Vielzahl weiterer intergouvernementaler Organisationen kennt „disciplinary measures“ sowohl gegenüber kraft Hoheitsakts als auch im Verhältnis zu auf vertraglicher Grundlage eingestellten Bediensteten; den Betroffenen stehen auch regelmäßig Rechtsbehelfe zu (verbandseigenen) „Internationalen Verwaltungsgerichten“ zu Gebote.⁸
- b) Des weiteren stellt Art. 6 (1) der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)⁹ prozedurale Anforderungen auch für Disziplinarrechtssachen auf, denen die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten dieses multilateralen Übereinkommens genügen müssen: Die Konventionsorgane, nicht zuletzt der Strasbourger Gerichtshof für Menschenrechte, erachten dabei Maßregelungen gegen Angehörige Freier Berufe als Entscheidungen über „zivilrechtliche Ansprüche und Verpflichtungen“¹⁰; der österreichische Verfassungsgerichtshof sieht darüber hinaus Stellen wie die dortige Oberste Disziplinarbehörde für Rechtsanwälte und -anwärter als „Tribunale“ an, wenn nach der Natur der von diesen getroffenen Maßnahmen kein Zweifel besteht, „daß jener Charakter einer Bestrafung beibehalten wird, durch den sich strafrechtliche Sanktionen gewöhnlich auszeichnen“.¹¹ Aus der einen wie der anderen Zuordnung freilich ergibt sich der Anspruch des Betroffenen, daß sein Fall „in billiger Weise öffentlich und innerhalb einer angemessenen Frist gehört wird, und zwar von einem unabhängigen und unparteiischen, auf Gesetz beruhenden Gericht“. Soweit der sachliche Anwendungsbereich des Art. 6 (1) EMRK reicht, hat mithin jedermann das Recht, endgültige innerstaatliche Entscheidungen (Art. 26 EMRK) noch der Überprüfung durch die Europäische Menschenrechts-Kommission zu unterbreiten (Art. 25 ebd.).¹² Diese völkervertraglichen Gewährleistungen betreffen allerdings nach Ansicht des BVerwG nicht auch Verfahren betr. die Einstellung, Entlassung und Disziplinarsachen von Beamten.¹³ Daher könne etwa einer übermäßigen Verzögerung des Verfahrens lediglich über § 66 BDO begegnet werden.¹⁴
- c) Auch das Recht der DDR sah eine „disziplinarische Verantwortlichkeit“ der Leiter und Mitarbeiter in den Organen des Staatsapparats vor, bezogen auf „die Art und das Maß des Entstehenmüssens bei Verstößen gegen die Staats- und Arbeitsdisziplin, bei Verletzungen ihnen obliegender Pflichten sowie bei Überschreiten der übertragenen Befugnisse“.¹⁵ Die einschlägigen Vorschriften (der Mitarbeiter-VO¹⁶) knüpften an ein schuldhaftes Fehlverhalten dieser Personen an, machten ein Verwaltungsverfahren zur zwingenden Voraussetzung für die Verhängung einer bestimmten Disziplinarmaßnahme – (strenger) Verweis oder fristlose Abberufung/Entlassung – und gaben dem Betroffenen einen Rechtsbehelf in Form eines Einspruchs oder einer Beschwerde. „Im Verfahren kommt es darauf an, daß der Mitarbeiter seine Fehler erkennt, um künftig seine Pflichten ordnungsgemäß wahrzunehmen.“¹⁷

3. Der disziplinarer Regelung unterworfenen Personenkreis

- a) Disziplinarrecht wird zudem meist lediglich als Teil des Rechts der Beamten, allenfalls noch anderer in öffentlichen Dienstverhältnissen stehender Personen aufgefaßt. Hierbei geraten zunächst und vor allem durchaus ähnlichen Regelungen bei Freien Berufen¹⁸ aus dem Blickfeld. Für Rechtsanwälte etwa als „unabhängigen Organen der Rechtspflege“ (§ 1 BRAO¹⁹), deren Tätigkeit kein Gewerbe ist (§ 2 II ebd.), gilt: Ein Verhalten, durch das sie ihnen obliegende (Berufs-)Pflichten verletzen, kann, wenn die Schuld gering ist, vom Vorstand der Anwaltskammer (§§ 63 ff. i. V. m. 60, 62 BRAO) gerügt werden (§ 74 ebd.). Gegen einen zu begründenden und zuzustellenden Bescheid dieses Inhalts kann der Betroffene Einspruch einlegen und, wenn der Rechtsbehelf vom Vorstand zurückgewiesen wird, die Entscheidung eines Ehrengerichts (§§ 92 ff. BRAO) beantragen (§ 74 a ebd.). Dessen Beschluß ist endgültig. In gravierenden Fällen kommen – auch für bestimmtes „außerhalb des Berufs liegendes Verhalten“ (§ 113 II BRAO) – sofort ehrengerichtliche Maßnahmen in Betracht, welche von einer Warnung (§ 114 I Nr. 1) bis zu zeitlich wie sachlich befristeten Tätigkeitsverboten (Nr. 4) und der Ausschließung aus der Anwaltschaft (Nr. 5) reichen. Als Rechtsmittel sind Berufung (zum Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte, § 143 i. V. m. §§ 100 ff. BRAO) und, jedenfalls bei den beiden härtesten Maßregelungen, auch eine Revision zum BGH (Senat für Anwaltsachen, § 145 i. V. m. §§ 106 ff. ebd.) vorgesehen; das gerichtliche Verfahren richtet sich weithin an der StPO aus (§ 116 S. 2 BRAO). Ein Berufs- und Vertretungsverbot kann auch durch (Ehren-)Gerichtsbeschluß als vorläufige Maßnahme verhängt werden (§§ 150 ff. BRAO). Weitgehend übereinstimmende Vorschriften gelten für Steuerberater (§§ 89 ff. StBerG²⁰) und für Wirtschaftsprüfer (§§ 67 ff. WirtschaftsprüferO²¹), aber auch für Ärzte und andere Heilberufe.²² Auch für diese Berufe gilt überdies, daß die Approbation zu widerrufen ist, wenn deren Voraussetzung nachträglich wegfällt, daß die betr. Person „sich nicht eines Verhaltens schuldig gemacht hat, aus dem sich (ihre) Unwürdigkeit oder Unzuverlässigkeit zur Ausübung des ärztlichen Berufs ergibt“ (so § 5 II 1 i. V. m. § 3 I 1 Nr. 2 BÄO²³).
- b) Nicht alle Bedienstete der Öffentlichen Hand werden andererseits von disziplinarrechtlichen Bestimmungen betroffen. Zum einen beziehen sich die Disziplinarordnungen im öffentlichen Dienst stets nur auf Personen, die in einem öffentlich-rechtlichen Verhältnis zu einem Träger öffentlicher Gewalt stehen. Soweit also privatrechtliche Beziehungen zu einem (öffentlichen) Arbeitgeber begründet sind, in Gestalt von Angestellten- oder Arbeitsverhältnissen, greifen bei – inhaltlich mit den bei Beamten anzutreffenden überaus ähnlichen²⁴ – Verstößen gegen (Berufs-)Pflichten die Sanktionen des allgemeinen Arbeitsrechts ein; dort fehlt auch ein spezielles Verfahren zur Aufklärung des Verdachts pflichtwidrigen Verhaltens vor Erlass einer Gegenmaßnahme. Wird der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz beachtet, so dürfen nach einer Abmahnung²⁵ insbesondere Versetzung, Änderungs-, ordentliche oder gar außerordentliche Kündigung (gem. § 626 BGB) ausgesprochen werden²⁶; der Arbeitnehmer kann Rechtsschutz hiergegen (vor Arbeitsgerichten, § 2 I Nr. 3 ArbGG) regelmäßig erst im Nachhinein erlangen.²⁷

Kein Disziplinarrecht findet des weiteren Anwendung auf Personen in öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnissen; zu diesem Kreis zählen Minister (vgl. § 1 BMinG), Parlamentarische Staatssekretäre (§ 1 III ParlStG), aber auch Mitglieder von Leitungsgremien öffentlicher Unternehmen wie der Deutschen Bundesbank (§§ 7 IV 1, 8 V 1 BBkG²⁸), der Deutschen Bundesbahn (§§ 8 II 1, 19 a BBahnG) und der Deutschen Bundespost (POSTDIENST, POSTBANK, TELEKOM; §§ 12 III, 47 I PostVerfG) sowie Datenschutzbeauftragte (§ 22 IV 1 BDSG 1990²⁹). Gründe für diese Sonderstellung liegen in der (zumindest faktischen) Befristung der Beschäftigung, mehr noch freilich in der als unabdingbar erachteten Möglichkeit zu deren rascher, vorzeitiger Beendigung, für die eine vom Beamtenrecht eröffnete Versetzung in den einstweiligen Ruhestand (vgl. § 36 BBG) nicht immer das geeignete Mittel darstellen mag.³⁰ Inwiefern nicht Art. 33 IV, V GG einer derartigen Ausgestaltung gerade von Spitzenpositionen Grenzen ziehen, wurde bislang nur selten näher erörtert.³¹

- c) Außer dem Beamten-Disziplinarrecht finden sich drei andere Bereiche von Dienstordnungsregelungen bei staatlichen Beschäftigten. Auf der Grundlage der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes (nach Art. 73 Nr. 1, 8 GG) erlassen, sei zunächst das Soldatengesetz³² angeführt, dessen § 23 I zufolge ein Soldat (i. S. v. § 1 I ebd.) ein Dienstvergehen begeht, „wenn er schuldhaft seine Pflichten verletzt“, was auch dann gegeben sein mag, wenn gegen bestimmte nach dem Ausscheiden aus dem Wehrdienstverhältnis (s. § 2 Hs. 2 SG) fortbestehende Rechtsbindungen verstoßen wird. Das Nähere über die Verfolgung auch solchen „als Dienstvergehen geltenden“ Fehlverhaltens regelt die Wehrdisziplinarordnung (§ 23 III SG).³³ Im Unterschied zu den meisten anderen Disziplinalgesetzen (z. B. § 22 BDO) sind dort neben Durchsuchungen und Beschlagnahmen (§ 16 WDO)³⁴ vorläufige Festnahmen (§ 17 ebd.) vorgesehen, und als weitere freiheitsbeschränkende bzw. -entziehende „einfache“ Disziplinarmaßnahmen kommen (ggf. verschärfte) Ausgangsbeschränkungen (§ 21) und Disziplinararrest (von 3 Tagen bis zu 3 Wochen, § 22) in Betracht (§ 18 I Nr. 4, 5 WDO). Vor Erlass einer Disziplinarverfügung, die Arrest verhängt, muß jedoch grundsätzlich ein Richter (eines Truppendienstgerichts, s. §§ 63 ff. WDO) zugestimmt haben (§ 36), nach Maßgabe des Art. 104 II GG.³⁵ Im (truppen)gerichtlichen Disziplinarverfahren ist die Maßnahme einer „Entfernung aus dem Dienstverhältnis“ (§§ 54 I Nr. 4, 58 WDO) nur gegen Berufs- oder Zeit-Soldaten (§ 1 III SG) zulässig (§ 54 III WDO), mithin nicht Wehrpflichtigen gegenüber (§ 1 II SG, § 1 I WPflG).

Ausgangsbeschränkungen dürfen auch bei Zivildienstleistenden (gem. §§ 24 ff. ZDG) ergriffen werden (§§ 59 I Nr. 2, 60 II ebd.). Disziplinarmaßnahmen werden hier wegen eines Dienstvergehens (§ 58 ZDG) stets durch Disziplinarverfügung (§ 65 I ZDG) verhängt; hiergegen kann der Betroffene Beschwerde einlegen und/oder Antrag auf Entscheidung des Bundesdisziplinargerichts stellen (§ 65 II bzw. § 65). Ein (weiteres) Rechtsmittel ist nicht vorgesehen (s. § 66 II 3 ZDG).³⁶ Ebenso wie im Fall von nicht „auf freiwilliger Verpflichtung“ beruhenden Wehrdienstverhältnissen scheidet auch beim „Ersatzdienst“ (Art. 12 a II GG)³⁷ eine Disziplinarmaßnahme mit statusbeendigender Wirkung aus, würde eine derartige Rechtsfolge doch die Dienstpflicht ad absurdum führen (können). In beiden Rechtsgebieten ist schließlich ein

Verbot von Auskünften über Disziplinarmaßnahmen an andere (staatliche) Stellen statuiert (§ 69 ZDG, § 14 WDO), „sofern es sich nicht um Mitteilungen in Strafverfahren an Staatsanwaltschaften oder Gerichte handelt“.³⁸

- d) Die vom GG (Art. 98 I, III) geforderten „besonderen Richtergesetze“ auf Bundes- und Länderebene lehnen sich in bezug auf Disziplinarrecht eng(er) an die Beamtengesetze an; § 63 I DRiG z. B. sieht für das „Verfahren in Disziplinarsachen“ generell die „sinngemäße“ Geltung der BDO-Vorschriften vor.³⁹ Die (für das Treffen von Disziplinarmaßnahmen in weitergehendem Maße als nach der BDO zuständigen, s. §§ 63 II, 64 I BRiG) Gerichte⁴⁰ – für Richter im Bundesdienst ein besonderer Senat des BGH, der als „Strafsenat“ gilt (§ 61 I, IV DRiG) – entscheiden allerdings nicht nur über Disziplinarangelegenheiten (auch von Richtern im Ruhestand, § 62 I Nr. 1 DRiG), sondern auch ansonsten als allgemeine „Dienstgerichte“ über status- und andere einschlägige rechtliche Fragen.⁴¹
- e) Im Hinblick auf das Disziplinarrecht für Beamte (im staatsrechtlichen Sinn⁴²) ist endlich noch zu unterscheiden zwischen der nur auf Bundesbeamte (§ 2 I BBG) – gleich ob aktiv oder schon zur Ruhe gesetzt – anwendbaren Bundes-Disziplinarordnung (BDO, s. § 1 I ebd.) und den Landes-Disziplinarordnungen der („alten“) Bundesländer.⁴³ Insoweit sind, von Baden-Württemberg (noch ?) abgesehen⁴⁴, keine wesentlichen strukturellen Divergenzen festzustellen. Allerdings fehlt es in den Landesdisziplinarordnungen durchweg an der organisatorischen Verselbständigung des disziplinargerichtlichen Verfahrens: Zwar findet dieses vor speziellen Kammern bzw. Senaten statt, jedoch sind die Spruchkörper bei den (Ober-)Verwaltungsgerichten angesiedelt (z. B. §§ 36, 45 LDizO BW.; Art. 39, 43, 49 BayDO⁴⁵). Auch einen dem Bundesdisziplinaranwalt vergleichbaren Prozeßbeteiligten kennen die landesrechtlichen Bestimmungen nicht; andererseits wirken die allgemeinen Vertreter des öffentlichen Interesses (§§ 36, 37 II VwGO) im (verwaltungs)gerichtlichen Disziplinarverfahren ebenso wenig mit (z. B. § 4 III bayer. VO vom 4. 11. 1975⁴⁶) wie der Oberbundesanwalt beim BVerwG (§ 35 I 2 Hs. 2 VwGO i. V. m. § 55 BDO). Die Harmonisierung des Beamten-Dienstordnungsrechts ist weithin aus freien Stücken erfolgt; ein Rahmen durch bundesrechtliche Vorgaben (gem. Art. 75 Nr. 1, 72 GG) besteht hier nur ganz punktuell, etwa in Gestalt von §§ 21 I Nr. 3, 23 II Nr. 1 und 45 BRRG.

In den neuen Bundesländern gilt für Bundesbeamte die BDO ohne Abstriche (s. Art. 8, 20 des Einigungsvertrags⁴⁷). Für andere Beamte findet dieses Bundesgesetz ebenfalls übergangsweise mit geringen Modifikationen Anwendung (Anlage I Kap. XIX Sachgebiet A Abschn. III Nr. 10); ergänzend ist bis zum Erlass originärer Landesdisziplinalgesetze die niedersächsische Regelung heranzuziehen.⁴⁸

4. Beziehungen zwischen Disziplinar- und Straf-/ Ordnungswidrigkeitenrecht

Nicht zuletzt im Hinblick auf die überkommene Charakterisierung des Disziplinarrechts als eines „Sonderstrafrechts für Beamte“⁴⁹, der sich auch die der BDO vorausliegenden Bestimmungen zumindest terminologisch näherten (Reichsdienststrafordnung vom 26. 1. 1937⁵⁰, Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Dienststrafrechts⁵¹), bedarf es einerseits

der Hervorhebung wichtiger Unterschiede zwischen den beiden Rechtsgebieten. Auf der anderen Seite bestehen allerdings vielfache Verknüpfungen verfahrensmäßiger, aber auch inhaltlicher Art, die überdies in wenn auch schwächerer Ausprägung ebenso im Verhältnis zum Ordnungswidrigkeitenrecht festzustellen sind.

a) Das Grundgesetz geht an mehreren Stellen von einer Sonderung von Straf- und Disziplinarrecht aus: So unterfällt das gesamte Dienstrecht der Bundes-Beschäftigten einschließlich des Disziplinar(verfahrens)rechts der ausschließlichen Gesetzgebungszuständigkeit nach Art. 73 Nr. 8 GG, während für materielles Straf- wie für Strafverfahrensrecht eine konkurrierende Bundeskompetenz nach Art. 74 Nr. 1 GG besteht.⁵² Ein weiterer Hinweis auf die Besonderheit des Disziplinarverfahrens (bei in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis befindlichen Personen) ergibt sich aus Art. 96 IV GG: Auch wenn diese Bestimmung nicht untersagt, die Entscheidungsbefugnisse in derartigen Angelegenheiten bereits errichteten Bundesgerichten zu übertragen⁵³, resultiert doch aus der dort ebenfalls vorgesehenen, die umgekehrte Situation (Rechtsschutz des Bediensteten) betreffenden „Beschwerdeverfahren“, aber vor allem aus den in Abs. 5 genannten „Strafverfahren“ wie aus der nach Abs. 2 eröffneten Möglichkeit von Wehr„straft“gerichten, daß hier über je unterschiedliche Rechtsfragen zu urteilen ist.⁵⁴ Am deutlichsten unterstreicht freilich Art. 103 GG die Eigenständigkeit (auch) des (Beamten)-Disziplinarrechts. Sein Abs. 1 allerdings gilt für alle Gerichtsverfahren in allen Instanzen, daher für Straf- und Disziplinarprozesse gleichermaßen (s. nur §§ 243 IV, 257 I, 258 StPO; §§ 67 II, 68, 74 I 5, V 2 BDO).⁵⁵ Demgegenüber sind zwar Disziplinarmaßnahmen staatliche „Bestrafung“ in dem (weiten) Sinne, daß sie „eine mißbilligende Reaktion auf ein schuldhaftes Verhalten“ darstellen; insofern trifft auch auf sie der Sinn des Art. 103 Abs. 2 GG zu, „solche hoheitlichen Reaktionen voraussehbar (zu) machen“.⁵⁶ Jedoch folgen aus der Natur dieses Rechtsgebiets gewisse Einschränkungen: Die in Disziplinarvorschriften seit je her statt einzelner (Straf-)Tatbestände mit entsprechenden (Straf-)Drohungen enthaltenen Generalklauseln sind gerade hier nicht von vornherein als zu wenig bestimmt zu beanstanden; vielmehr erscheint eine vollständige Aufzählung der mit einem Beruf verbundenen Pflichten weder möglich noch nötig, denn derartige Normen sind, weil sie nur den Kreis der Berufsangehörigen betreffen und sich aus der diesen gestellten Aufgaben ergeben, im allgemeinen für die Adressaten leicht erkennbar.⁵⁷ Dem Rechtssatzvorbehalt des Art. 103 II GG tragen andererseits die Disziplinarordnungen als formelle Gesetze Rechnung, indem dort die zulässigen Disziplinarmaßnahmen anschließend aufgelistet werden (s. § 5 BDO) und das „Dienstvergehen“ (§ 77 I BGG, § 45 I BRRG) als deren Voraussetzung ebenfalls gesetzlich hinreichend bestimmt umschrieben ist.⁵⁸ Die Formulierung des Art. 103 Abs. 3 GG, wonach allein eine Doppelbestrafung aufgrund der „allgemeinen“ Strafgesetze verboten ist, zeigt hingegen, daß hier – auch nach dem Willen des historischen Verfassungsgebers⁵⁹ – der Grundsatz „ne bis in idem“ nur auf Verurteilungen nach den „Kriminal-“, nicht aber nach den „herkömmlichen Disziplinalgesetzen“ bezogen wird.⁶⁰ Die Materien „unterscheiden sich nach Rechtsgrund und Zweckbestimmung“; während das strafrechtliche Delikt „als eine Störung des allgemeinen Rechtsfriedens“ erscheint, antwortet die Disziplinarmaßnahme auf Unregelmäßigkeiten betr. „den besonderen Rechts- und Pflichtenstatus der Angehörigen eines bestimmten Berufsstandes“.⁶¹

ten betr. „den besonderen Rechts- und Pflichtenstatus der Angehörigen eines bestimmten Berufsstandes“.⁶¹

Fast zeitgleich mit dem Erlaß der „modernen“ BDO hob das BVerfG hervor: „Die Kriminalstrafe dient neben der Abschreckung und Besserung der Vergeltung; sie bemißt sich nach dem normativ festgelegten Wert des verletzten Rechtsgutes und der Schuld des Täters. Die Disziplinarstrafe ist demgegenüber ihrem Wesen nach Zucht- und Erziehungsmittel; sie bezweckt die Aufrechterhaltung eines geordneten Dienstbetriebes und bestimmt sich nach dessen Erfordernissen“.⁶²

Soweit in Disziplinarverfahren eine Freiheitsentziehung zulässig ist – bei Bundesbeamten nur im Falle des § 60 BDO (s. § 22 ebd.)⁶³ –, greift aber wieder eine allgemeine Bestimmung (Art. 104 II GG) ein, denn dort ist die grundsätzlich vorherige Zustimmung eines Richters unabhängig vom Grund des Freiheitsentzugs vorgeschrieben.

Jedem Dienstvergehen liegt freilich auch (mindestens) eine „Tat“ voraus, die erst den Anlaß disziplinarischer Ahndung abgibt, und umgekehrt muß das (Kriminal-) Strafrecht wohl schon nach verfassungs-, insbesondere grundrechtlicher Maßgabe Rechtsfolgen vorab auf die Schuld einer natürlichen Person beziehen (§ 46 I 1 StGB), was zur Berücksichtigung der Täter-Persönlichkeit vornehmlich bei der Straf-Zumessung nötigt (s. § 46 II ebd.).⁶⁴

- b) Werden Tatsachen bekannt, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen“, so hat der Dienstvorgesetzte (§ 15 BDO, § 3 II 1, 3 BGG) die zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlichen „Vorermittlungen“ zu veranlassen (§ 26 I 1 BDO); insoweit gilt auch im Disziplinarverfahren entsprechend § 152 II StPO das Legalitätsprinzip.⁶⁵ Auf Grund einer zwischen den Landesjustizverwaltungen und dem Bundesminister vereinbarten (verwaltungsinternen) „Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen“⁶⁶ erlangen die Disziplinarbehörden Informationen über „Strafsachen gegen Angehörige des öffentlichen Dienstes“ (Nr. 15 MiStra); das notwendige Justizmitteilungsgesetz, welches den Anforderungen aus dem Grundrecht „auf informationelle Selbstbestimmung“⁶⁷ angemessenen Rechnung trüge, ist bislang nicht über ein Entwurfsstadium hinausgelangt.⁶⁸ Regelmäßig von Amts wegen (Nr. 1 [2] MiStra) von Staatsanwaltschaft oder Gericht (Nr. 1 [1], 4 ebd.) mitzuteilen sind hiernach
- a) der Erlaß und der Vollzug eines Haftbefehls (§ 114 StPO) oder eines Unterbringungsbefehls (§ 126 a StPO),
 - b) die Erhebung der öffentlichen Klage (§§ 170 I, 199 f., 407 I 4 StPO),
 - c) die Urteile (§§ 260, 328, 353 StPO), sowie
 - d) der Ausgang des Verfahrens, wenn eine Mitteilung nach lits. a)–c) zu machen war (Nr. 15 [1] 1 MiStra). Dies gilt S. 2 ebd. zufolge nicht in Privatklageverfahren (§§ 374 ff. StPO) und bei fahrlässig begangenen Straftaten (s. § 15 StGB). Mitteilungen sind hier aber bei „schwereren Verstößen“, insbesondere Vergehen der Trunkenheit im Straßenverkehr (§§ 315 c III, 316 StGB) oder der fahrlässigen Tötung (§ 222 StGB), geboten, ebenso, wenn sie „wegen eines besonderen öffentlichen Interesses unerlässlich“ sind (Nr. 2 [2] 1 MiStra) oder nach § 29 [1] 1 ebd. vorgeschrieben („Werden in einem Strafverfahren – gleichgültig, gegen wen es sich richtet – Tatsachen bekannt, die zu Maßnahmen, insbesondere dienstaufsichtlicher, disziplinarer, standes- oder berufsrechtlicher Art . . . An-

laß geben können, so sind diese Tatsachen auch dann dem Leiter der zuständigen Stelle mitzuteilen, wenn dies sonst nicht vorgeschrieben ist“). Daß bereits gegen eine derartige „Übermittlung personenbezogener Daten“⁶⁹ durch Träger öffentlicher Gewalt Rechtsschutz eröffnet sein muß (Art. 19 IV GG), dürfte kaum mehr streitig sein, wohl aber, ob zu diesem Zweck die ordentlichen oder die Verwaltungsgerichte angerufen werden müßten (§ 23 I 2 EGVG bzw. § 40 I 1 VwGO).⁷⁰ In der Sache rechtfertigen sich Mitteilungen (jedenfalls) bei den Straftaten, die einen engeren Bezug zum Berufsbild des jeweiligen Bediensteten der öffentlichen Hand aufweisen, sei dies wegen ihrer Schwere oder wegen der Tatumstände. Bei „außerdienstlichem“ Fehlverhalten⁷¹ bedeutet dies angesichts der verschärften Kriterien der §§ 45 I 2 BRRG, 77 I 2 BBG, daß nicht schon jedes vorsätzliche Vergehen (§ 12 II StGB) ohne Prüfung des Einzelfalls den Disziplinarbehörden zur Kenntnis gebracht werden dürfte.⁷²

- c) Der Ablauf eines Disziplinarverfahrens richtet sich sodann nach den Vorgaben eines (zumindest teilweise) sachgleichen Strafverfahrens, um durch dessen Vorrang widersprüchliche (Gerichts-)Entscheidungen zu vermeiden.⁷³ Daher muß ein Disziplinarverfahren spätestens im Zeitpunkt der Erhebung der öffentlichen Klage ausgesetzt werden (§ 17 I BDO), bis das strafgerichtliche Verfahren beendet ist, in der Regel also nach unanfechtbarer Entscheidung über die zur Suspendierung führenden Umstände.⁷⁴ Bereits vorher ist jedoch eine Fortsetzung zulässig (§ 17 III BDO), wenn entweder die Sachaufklärung gesichert ist (z. B. bei einem umfassenden Geständnis) oder das Strafverfahren aus Gründen zum Stillstand kam, die in der Person des Beamten liegen, sei dies nun Verhandlungsunfähigkeit (vgl. § 231 a, 230 I StPO) oder unbekannter Aufenthaltsort. Nach Maßgabe von § 19 BDO kann hier wenigstens das Disziplinarverfahren (eingeleitet oder) fortgesetzt werden.⁷⁵ An die tatsächlichen Feststellungen eines rechtskräftigen Urteils in Straf-, aber auch in Bußgeldverfahren (§ 71 OWiG i. V. m. §§ 260 ff. StPO⁷⁶), auf denen die Entscheidung beruht („ratio decidendi“), sind Disziplinarbehörden einschließlich des Bundesdisziplinaranwalts stets, die Disziplinargerichte regelmäßig gebunden (§ 18 I 1 BDO); ein „Lösungsbeschuß“ gem. S. 2 ebd. kann nur dann ergehen, wenn die Mehrheit der Kammer- bzw. Senatsmitglieder erhebliche Zweifel an der Richtigkeit des früher festgestellten Sachverhalts hegen.⁷⁷

Einen überaus ähnlichen, allerdings weniger weitreichenden Vorrang gerichtlicher vor disziplinarbehördlichen tatsächlichen Feststellungen statuiert § 32 II 3 BDO: Sofern nicht („im übrigen“, § 32 II 1) das BDizG über den Rechtsbehelf gegen eine Disziplinarverfügung (endgültig durch Beschluß, § 31 IV 2 BDO) entschieden hat – dann läßt § 32 I BDO eine erneute Ausübung der Disziplinarbefugnis als Ersatz für die Wiederaufnahme (§§ 97 ff.) unter dieser gegenüber sogar erweiterten Voraussetzungen zu⁷⁸ –, ist eine nachträgliche Verschärfung der Disziplinarmaßnahme ohne zeitliche Begrenzung zwar nicht geboten, immerhin aber zulässig, wenn nur zuerst die alte Verfügung aufgehoben wurde. Die abweichenden Feststellungen dürften hier freilich selten von einem Straf-, viel eher von einem Zivil- oder Verwaltungsgericht stammen.⁷⁹

Da im Disziplinarverfahren der Grundsatz der Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme (s. § 250 StPO) nicht gilt

(§ 21 I 1 BDO)⁸⁰, läßt es S. 2 ebd. zu, Niederschriften über Aussagen von Personen, die bereits in einem anderen gesetzlich geordneten Verfahren vernommen worden sind – nicht zuletzt im Rahmen strafrechtlicher Ermittlungen (vgl. § 168 b II StPO)⁸¹ –, ohne nochmalige Vernehmung zu verwerten; diese Erleichterung betrifft jedoch nicht Protokolle über Urkundsbeweise oder Augenscheinseinnahmen.

Endlich hindert Art. 103 III GG den Gesetzgeber nicht daran, die rechtsstaatlich fragwürdige doppelte Ahndung ein und desselben Fehlverhaltens einzuschränken, wenn gleich damit „das Prinzip der Trennung von disziplinarer und strafrechtlicher Reaktion aus pragmatischen Gründen“ durchbrochen wird.⁸² Wegen eines identischen Sachverhalts dürfen nach vorausgegangener gerichtlicher (Freiheits- oder Geld-)Strafe (§§ 38 ff. StGB) oder behördlicher Ordnungsmaßnahme, insbesondere einem Bußgeldbescheid gem. §§ 65 f. OWiG, bestimmte Disziplinarmaßnahmen überhaupt nicht (§ 14 S. 1 BDO, betr. Verweis i. S. v. § 6 I BDO) oder nur ausnahmsweise (§ 14 S. 2 BDO, betr. Geldbuße, Gehalts- und Ruhegehaltskürzung, §§ 7, 9 I, 12 I BDO) ausgesprochen werden.⁸³ Die in schwere(re)n Fällen angezeigten Maßnahmen nach §§ 10, 11 und 12 II BDO werden vom Verbot des § 14 BDO allerdings nicht erfaßt. Die Vorschrift ist überdies weder einer ausdehnenden noch gar einer analogen Anwendung zugänglich: Derselbe Sachverhalt kann daher zumindest dann nicht vorliegen, wenn zu der strafgerichtlich abgeurteilten Tat noch weitere, zeitlich und kausal getrennte disziplinar erhebliche Geschehensabläufe hinzukommen; § 14 BDO ist mithin nicht einschlägig, wenn einem (bloß) dienstpflichtwidrigen Alkohol-Trinken⁸⁴ eine allein auch strafrechtlich relevante Trunkenheitsfahrt (nach Hause) folgt.⁸⁵ Das BVerwG lehnt es ferner ab, eine Verfahrenseinstellung gegen Auflagen nach § 153 a StPO einer Straf-Sanktion gleich zu erachten, da der Beschuldigte sich den hierbei möglichen Geldzahlungen freiwillig unterwerfe und das „Ziel, durch eine strafrechtliche Maßnahme bestimmter Art bereits erreichte erzieherische Wirkungen auf den Beamten auch im Hinblick auf die Disziplinarmaßnahme zu berücksichtigen, . . . auf dem materiellen Hintergrund einer Ermessensentscheidung nach § 3 BDO erreich(t)“ werden könne.⁸⁶

Wird umgekehrt ein Beamter im gerichtlichen Verfahren wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit – hier nur auf zulässigen Einspruch des Betroffenen hin (§§ 67, 71 I, 72 III OWiG) – freigesprochen, so ergibt sich ein Prozeßhindernis für das Disziplinarverfahren, soweit diesem identische Tatsachen zugrundeliegen.⁸⁷ Gem. § 17 V BDO kann der disziplinare „Überhang“ freilich geahndet werden; so mag ein Verhalten zwar weder als Vorteilsannahme (§ 331 StGB) noch als Bestechlichkeit (§ 332 StGB) zu werten sein, gleichwohl aber gegen das Verbot des § 70 BBG verstoßen.⁸⁸ Anders als bei einer Verurteilung dürfen die für einen Freispruch maßgeblichen tatsächlichen Feststellungen aber nicht im Wege des § 18 I 2 BDO außer Acht gelassen werden.⁸⁹

Daß § 25 BDO zur Ergänzung die Anwendung (auch) von StPO-Vorschriften normiert, hat Bedeutung vor allem für die „Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen“ (§§ 22 ff. StPO)⁹⁰, Fristen- und Wiedereinsatz-Bestimmungen (§§ 42 ff.), Vernehmungen sowie Beschlagnahme und Durchsuchung (§§ 94 ff., 102 ff. StPO).⁹¹ Die Eigenart des dienstordnungsrechtlichen Verfahrens steht etwa einem Heranziehen von § 140

StPO („notwendige Verteidigung“) entgegen, auch wenn § 40 BDO insoweit keine ausdrückliche anderweitige Regelung trifft.⁹²

5. Außerdisziplinarrechtliche Folgen schuldhaften Fehlverhaltens

Die disziplinarrechtliche Ahndung ist keineswegs die einzige Rechtsfolge schuldhaft-pflichtwidrigen Verhaltens eines (Bundes-)Beamten.

- a) So wirken sich straf- und ordnungswidrigkeitenrechtliche Sanktionen zwar, wie gezeigt, einerseits auf die Zulässigkeit von Disziplinarmaßnahmen aus; sie können freilich auch neben letzteren getroffen werden oder sogar zur Einstellung eines Disziplinarverfahrens führen. Grund hierfür ist die Regelung über den „persönlichen Geltungsbereich“ der BDO (§ 2), wonach eine disziplinare Verfolgung nicht zuletzt davon abhängt, daß der Betroffene in einem wirksam begründeten und noch andauernden Beamtenverhältnis steht. Einen gesetzlich niedergelegten Beendigungsgrund (§ 6 III Nr. 2 BBG) bildet auch der durch strafgerichtliche Verurteilung herbeigeführte Verlust der Beamtenrechte⁹³. Als Voraussetzung statuiert § 48 S. 1 (Nr. 1) BBG die Rechtskraft eines im ordentlichen Strafverfahren ergangenen Urteils (eines deutschen Gerichts)⁹⁴ mit dem Ausspruch einer Freiheitsstrafe von mindestens 1 Jahr wegen einer vorsätzlichen Tat.⁹⁵ S. 2 ebd. enthält dieselbe Rechtsfolge für den Fall, daß einem Beamten die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter (vgl. Art. 33 II GG) aberkannt wird. Damit knüpft das BBG an strafrechtliche „Nebenfolgen“ (§§ 45–45 b StGB) an.⁹⁶ Praktisch bedeutsam erweist sich hierbei § 45 II StGB, weil ein dort in Bezug genommenes besonderes Gesetz – § 358 StGB betr. bestimmte Straftaten im Amte⁹⁷ – bereits bei einer Freiheitsstrafe von mindestens 6 Monaten das Strafgericht ermächtigt auszusprechen, daß der Verurteilte für die Dauer von 2 bis zu 5 Jahren die Amtsfähigkeit einbüßt, und so zugleich die entsprechende Rechtsstellung verliert, die er innehat (s. a. § 45 III StGB). Daß die Straf-Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt wurde (gem. § 56 I, II StGB), bleibt dabei außer Betracht, auch wenn es zu einem „Straferlaß“ (§ 56 g StGB) kommt.⁹⁸ § 59 BeamtVG bestimmt den Verlust der Rechte als Ruhestandsbeamter, insbesondere das Erlöschen der Versorgungsbezüge, auch dann, wenn eine Verurteilung wegen einer nach Zur-Ruhe-Setzung verübten vorsätzlichen Straftat zu mindestens 2 Jahren Freiheitsstrafe erfolgt (Abs. 1 Nr. 2 a) ebd.).⁹⁹ Eine während der Amtsunfähigkeit vorgenommene (Wieder-)Ernennung wäre nichtig (§ 11 II Nr. 3 BBG). Im übrigen stellen eine strafgerichtliche Verurteilung ebenso wie die disziplinare Höchstmaßnahme nur dann einen Anlaß zu obligatorischer bzw. fakultativer Zurücknahme einer Verbeamtung dar, wenn sie dem Dienstherrn nicht bekannt waren (§ 12 I Nr. 2 bzw. II Nr. 2 BBG). Selbst nach Ablauf der jeweiligen Tilgungsfrist (§ 46 BZRG) darf eine Straftat aber noch (ausnahmsweise) berücksichtigt werden, wenn der Betroffene die Einstellung in den öffentlichen Dienst beantragt, falls dies „sonst zu einer erheblichen Gefährdung der Allgemeinheit führen würde“ (§ 52 I Nr. 4 BZRG).¹⁰⁰
- b) Handelt es sich bei den beschriebenen jeweils um „Wirkungen, die von der Strafe für das künftige Leben des Täters in der Gesellschaft zu erwarten sind“, gem. § 46 I 2 StGB mithin bei der Straf-Zumessung zu berücksichti-

gen, so wird doch im allgemeinen die Bewertung eines (kriminellen) Fehlverhaltens kaum dadurch verändert, daß der Akteur ein Beamter war. Insoweit gilt Anderes nur für Amtsdelikte: Bei unechten/-eigentlichen wird ein „Amtsträger“ – Beamte gehören stets hierzu, § 11 I Nr. 2 a) StGB¹⁰¹ – härter bestraft als andere Personen; bei echten, wie sie sich im 29. Abschnitt des StGB finden, hängt die Strafbarkeit überhaupt von diesem „besonderen persönlichen Merkmal“¹⁰² ab. Im Straf- und auch im Ordnungswidrigkeitenrecht muß die Beamten-Eigenschaft allerdings als Zumessungstatsache bei der Ausfüllung des Straf-/Bußgeldrahmens beachtet werden („persönliche Verhältnisse“ i. S. v. § 46 II StGB, § 17 III OWiG). Sanktionenverschärfend wird die (ggf. herausgehobene) berufliche Position aber allenfalls wirken können, wenn gerade sie für das verletzte Rechtsgut erhöhte Pflichten begründete oder zwischen Dienst und Straftat eine innere Beziehung bestand¹⁰³, wie beim schmuggelnden Zoll- oder beim kriminellen Polizeivollzugsbeamten.

c) Statusrechtliche Konsequenzen unmittelbar aus dem Beamtenrecht können ebenfalls dazu führen, daß das Disziplinarrecht weithin leerläuft. So muß etwa ein Beamter (grundsätzlich) einen Diensteid gem. § 58 BBG leisten¹⁰⁴; weigert er sich, dies zu tun, so ist er (durch Verfügung, s. § 33 BBG) zu entlassen, so daß ein wegen dieser (schuldhaften) Pflichtverletzung eingeleitetes Disziplinarverfahren alsbald wieder eingestellt werden müßte, da die Entlassung schon mit der Zustellung des sie beinhaltenen Schriftstücks an den Beamten (gem. § 175 BBG) wirksam wird (§§ 41 V, 43 I VwVfG).¹⁰⁵ Kommt ein Beamter auf Zeit im Hochschulbereich nicht der Verpflichtung nach, sein bisheriges Amt weiterzuführen, so ist er (kraft Gesetzes) mit Ablauf der ersten Amtszeit entlassen (§ 176 a IV BBG); eine disziplinare Ahndung scheidet dann jedenfalls aus.

Ein „Quasi-Disziplinarverfahren“ hat schließlich der Entlassung (durch Verwaltungsakt) bei bestimmten Beamten-Gruppen vorauszugehen. Da gegen Beamte auf Probe und solche auf Widerruf allein Verweis und Geldbuße als Disziplinarmaßnahmen zulässig sind (§ 5 III BDO), daher lediglich ein „nichtförmliches Disziplinarverfahren“ durchgeführt und mit dem Erlaß einer Disziplinarverfügung abgeschlossen werden kann (§ 29 I BDO), gestatten § 31 I Nr. 1 bzw. § 32 I BBG eine Entlassung (auch) bei einem gravierenden Fehlverhalten, für dessen Ahndung eine nur im förmlichen Disziplinarverfahren vorgesehene Sanktion angemessen wäre.¹⁰⁶ Vor der ohne Einhaltung einer Frist (s. §§ 31 IV, 32 I BBG) ermöglichten Beendigung des Beamtenverhältnisses (§ 6 III Nr. 1 BBG), die parallel zum Opportunitätsprinzip in § 3 BDO als Ermessensentscheidung (§ 40 VwVfG) ausgestaltet ist¹⁰⁸, bedarf es einer Untersuchung, ob in der Tat ein schweres Dienstvergehen begangen wurde. § 126 I (,III) BDO sieht dafür die Aufklärung des Sachverhalts durch einen hinreichend juristisch qualifizierten Beamten vor (§ 56 II 2 BDO), welcher hierbei unabhängig und an Weisungen nicht gebunden ist (§ 56 III 1 BDO, s. § 55 S. 2 aE BBG). Wie die Lebenszeit-Beamten, so sind gem. nach § 126 II (,III) BDO auch Probe- und Widerrufs-Beamte berechtigt, ein „Selbstreinigungsverfahren“ entsprechend § 34 BDO in die Wege zu leiten. Die mit den allgemeinen beamtenrechtlichen Rechtsbehelfen angreifbare Entlassungsverfügung¹⁰⁸ darf nur ergehen, wenn die Untersuchung ein schuldhaftes Fehlverhalten erwiesen hat, das mindestens eine Gehaltskürzung erfordern würde.

Schließlich kann bereits der bloße Verdacht eines Dienstvergehens, auch wenn er sich hernach nicht bestätigt, begründeter Anlaß für eine anderweitige dienstliche Verwendung des betr. Beamten sein; hier läge das (ggf.) erforderliche „dienstliche Bedürfnis“ (§§ 26, 27 BBG) vor.¹⁰⁹

- d) Vermögensrechtliche Folgen für den „Täter“ neben den im Disziplinarverfahren möglichen wird ein Dienstvergehen einmal dann nach sich ziehen, wenn hierdurch entweder der Dienstherr geschädigt oder der Beamte unmittelbar einem Dritten gegenüber haftbar wird.¹¹⁰ Eng mit dem Disziplinarrecht verknüpft (vgl. § 73 II BBG) ist darüber hinaus der Verlust der Dienstbezüge (§ 1 II BBesG), falls ein dienstfähiger Beamter ohne Genehmigung seines Dienstvorgesetzten dem Dienst fernbleibt (§ 73 I 1 BBG).¹¹¹ Die Mindestdauer solch unentschuldigter Fehls setzt das BVerwG bei einer Stunde an (s. § 9 S. 2 BBesG)¹¹²; über die Rechtsfolge nach § 9 S. 1 hat ein Feststellungsbescheid (S. 3 ebd.) zu ergehen, dessen Wirksamkeit u. U. mittels öffentlicher Zustellung (§ 15 VwZG) herbeizuführen ist.¹¹³ Ein (automatischer) Verlust von Versorgungsbezügen (§ 2 I BeamtVG) tritt auch bei schuldhafter Ablehnung einer erneuten Berufung aus dem Ruhestands- in das Beamtenverhältnis gem. § 60 BeamtVG ein. In beiden Fällen ist gegen den feststellenden Verwaltungsakt nicht der allgemeine Verwaltungsrechtsweg (etwa wegen § 40 II 2 VwGO) eröffnet, sondern nach (§ 40 I 1 Hs. 2 VwGO i. V. m.) § 121 I BDO Rechtsschutz beim BDiszG zu suchen. Der Suspensiveffekt des Antrags folgt dabei weithin § 80 VwGO (§ 121 III BDO). Kommt es auch zu disziplinarer Ahndung, so schreibt § 121 VI BDO eine Verbindung der beiden Gerichtsverfahren vor.¹¹⁴

II. Materielles Disziplinarrecht

1. BDO und BBG

Unter dem Titel „Folgen der Nichterfüllung von Pflichten“ regelt das BBG am Ende des Kapitels (1.) über Pflichten in Abschn. III („Rechtliche Stellung der Beamten“) vor der Haftung (§ 78)¹¹⁵ die „Verfolgung von Dienstvergehen“. Dabei verweist der einschlägige § 77 in Abs. 3 für „das Nähere“ auf die BDO. Während so das formelle Disziplinarrecht – wie wird ein „Dienstvergehen“ festgestellt und geahndet? – in einem einzigen, spezifischen (Bundes-)Gesetz zusammengefaßt ist, bestimmen im Hinblick auf die materielle Voraussetzung – was ist ein Dienstvergehen? – § 77 I und II BBG lediglich allgemein, daß ein schuldhaftes Fehlverhalten eines (Bundes-)Beamten vorliegen muß. Nur beim Ruhestandsbeamten präzisiert – in bezug auf den Zeitraum nach der Zuruhesetzung (s. § 2 I Nr. 2 b) BDO) – § 77 Abs. 2 BBG, welche „nachdienstlichen“ Pflichtverletzungen¹¹⁶ zu den durch disziplinargerichtliches Urteil (vgl. § 29 I BDO) zu treffenden Maßnahmen Kürzung oder Aberkennung des Ruhegehalts (§§ 5 II, 12 BDO i. V. m. § 2 I Nr. 1 BeamtVG) führen. Für (aktive) Beamte hingegen knüpft § 77 I 1 BBG an einen Verstoß gegen „die“, d. h. alle ihnen obliegenden Pflichten an; erfaßt wird so nicht allein inner-, sondern über S. 2 ebd. auch außerdienstliches (Fehl-)Verhalten, wofür neben der allgemeinen Wohlverhaltenspflicht des § 54 S. 3 BBG¹¹⁷ insbesondere §§ 52 II, 53 Maßstäbe auf-
richten.

2. Elemente des Dienstvergehens

- a) Seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Neuordnung des Bundesdisziplinarrechts, welches u. a. § 45 I BRRG und § 77 I BBG um einen zweiten Satz ergänzte¹¹⁸, ist nicht mehr zweifelhaft, daß nicht schon jeder geringfügige Verstoß gegen § 54 S. 3 BBG oder gar jedes Außerachtlassen herrschender Moralanschauungen als Dienstvergehen gewertet werden darf.¹¹⁹ Auch Beamten und anderen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Personen gewährleisten, wie vor allem Art. 17 a GG zeigt, die Grundrechte einen Bereich freier Persönlichkeitsentfaltung; hier ist kein (hinreichender) Bezug zum Dienst mehr vorhanden, der über Art. 33 IV, V GG besondere Bindungen rechtfertigte.¹²⁰ Die disziplinäre Relevanz eines bestimmten Verhaltens läßt sich so über die Vorstellung von drei ineinander verschachtelten Kreisen mit einem einzigen Mittelpunkt verdeutlichen: Im innersten Zirkel bedarf es lediglich des Vorliegens der Voraussetzungen des § 77 I 1 BBG, im mittleren Bereich muß, um ein Dienstvergehen zu bejahen, das zusätzliche Kriterium des § 77 I 2 gegeben sein; jede hiervon nicht umfaßte Aktivität bewegt sich im äußeren, „nichtdienstlichen“ Kreis. Die Ahndung als Dienstvergehen ist daher ausgeschlossen; ein Disziplinarverfahren, dessen Einleitung schon bei hinreichendem Verdacht geboten ist (§ 26 I 1 BDO)¹²¹, muß, sobald die rein private Natur eines Vorfalls geklärt ist, umgehend eingestellt werden (§§ 27 S. 1, 64 I Nr. 1, 76 III 1, 2, 85 I Nr. 2 BDO).
- b) Die Unterscheidung zwischen inner- und außerdienstlichem Fehlverhalten ist demgegenüber praktisch nicht allzu bedeutsam, obgleich nur im zweiten Fall eine Ahndung „unzulässig“ sein kann. Zwar verlangt § 77 I 2 BBG nicht, daß ein besonderer Achtungs-, Vertrauens- oder Ansehensschaden tatsächlich eingetreten ist; ein entsprechend hohes Maß an Eignung hierzu reicht aus.¹²² Jedoch bezweckt diese Vorschrift, den Privatbereich weithin von disziplinaren Einwirkungen des Dienstherrn freizuhalten: Wann eine bedeutsame Beeinträchtigung des auf die Amtsführung und damit auf die Person eines Beamten ausgerichteten Ansehens und Vertrauens¹²³ gegeben sein oder eine erhebliche Minderung des Beamten-Images (ebenfalls) durch Zweifel an der je berufserforderlichen Integrität ausgelöst werden kann, ist letztlich eine Frage nach der Intensität der Auswirkungen auf den Dienst, zumal (inner)dienstlicher und privater Bereich tatsächlich ineinandergreifen. Zu Recht befassen sich daher disziplinargerichtliche Entscheidungen nur selten mit der Abgrenzung von § 77 I 1 und 2 BBG.¹²⁴ Freilich sind auch hierfür maßgeblich
- die (typisierende) formale Betrachtung von Ort und Zeit des (Fehl-)Verhaltens, deren Unzulänglichkeit sich aber etwa bei ungenehmigtem Fernbleiben oder unerlaubten Nebentätigkeiten zeigt¹²⁵,
 - die über das Vorige hinausgehende, insbesondere Hin- und Rückweg zum Dienst(ort), Verweilen über die Dienstzeit hinaus und ähnliche Vorkommnisse erfassende äußere, räumlich-zeitliche Beziehung zum Dienst¹²⁶,
 - die Art/Rechtsnatur der verletzten Pflicht.
- Ergibt sich diese nicht (bloß) aus der allgemeinen, grundsätzlich für jedermann geltenden Rechtsordnung, sondern speziell aus den das Beamtenverhältnis regelnden Vorschriften außen- oder auch binnenrechtlichen Charakters¹²⁷, so ist der innerdienstliche Bereich betroffen, es

sei denn, jeder innere Bezug zur Ausübung des Dienstes fehle, das Handeln erfolge ausschließlich „bei Gelegenheit“.¹²⁸ Insoweit gilt dasselbe wie bei anderweitigen Zuordnungsbestimmungen, etwa im Rahmen der Staatshaftung (Art. 34 GG) oder der Verantwortlichkeit für den Verrichtungsgehilfen (§ 831 BGB).¹²⁹ Bei der Amtstätigkeit werden allerdings über die Gehorsamspflicht (§ 55 S. 2 BBG) gerade auch die generellen Pflichten, keine unerlaubten, ordnungswidrigen oder gar strafbaren Handlungen zu begehen, zu innerdienstlichen Anforderungen.¹³⁰

- c) Auch wenn die Grundpflichten des Beamten nur als Ausschnitte aus einem umfassenden Rechtsverhältnis zu verstehen und letztlich allesamt auf die Wohlverhaltens-(general)klausel des § 54 S. 3 BBG zurückzuführen sind¹³¹, so lassen sich doch einzelne wesentliche Felder pflichtwidrigen Verhaltens näher eingrenzen.
 - Nicht zufällig zu Beginn des betr. BBG-Kapitels aufgeführt sind „politische“ Pflichten, die zu beachten der Beamte auch durch den Diensteid feier- und ausdrücklich bekennt. Die Verfassungstreue-Verpflichtung (§ 52 II BBG)¹³² wird dabei als „Kernpflicht“ stets dem innerdienstlichen Bereich zugerechnet, und ihre vorsätzliche, beharrliche Verletzung soll jedenfalls dann, wenn einem Beamten¹³³ mehr als bloße Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen“, obschon durch das BVerfG nicht (gem. Art. 21 II GG) verbotenen Partei anzulasten ist, zur Folge haben, daß der Betreffende nicht länger für den öffentlichen Dienst tragbar sei.¹³⁴ Neutralitäts- und Mäßigungsgebot (§§ 52 I, 53 BBG) machen zwar eine parteipolitische Betätigung im Dienst in aller Regel unzulässig, allgemein-politische Stellungnahmen sind andererseits selbst hier nicht immer disziplinar erheblich.¹³⁵
 - Die Pflicht zur Dienstleistung (§ 54 S. 1 BBG), bezogen auf die Qualität der beruflichen Tätigkeit, wird im Hinblick auf die zeitlichen Anforderungen vor allem durch §§ 72, 73 BBG ergänzt; der Beamte genügt diesen, wenn er pünktlich am Dienort erscheint und bis zum Dienstende die geschuldete Dienstleistung erbringt. Dienstunfähigkeit – insbesondere, aber nicht allein wegen Krankheit – führt zum (zeitweiligen) Wegfall der Dienstleistungspflicht; von ihrem Eintritt muß der Beamte freilich seinen Dienstherrn verständigen und auf Verlangen eine ärztliche Bescheinigung vorlegen (§ 73 I 2 BBG), ggf. auch schon vor Ablauf der tarifvertraglich vorgesehenen Drei-Tages-Frist.¹³⁶ „Hingabe“ meint zudem die Verantwortlichkeit für eine Erhaltung bzw. Wiederherstellung der vollen Einsatz-, vor allem der gesundheitlichen Leistungsfähigkeit.¹³⁷ Von erheblichem Gewicht sind dabei Fälle von Alkohol- und (sonstigem) Drogenmißbrauch.¹³⁸ Andererseits brauchen „unwertige“ Tätigkeiten vorbehaltlich spezieller Normierungen (z. B. § 52 PostVerfG¹³⁹) allenfalls zeitweilig ausgeübt zu werden. In engem Zusammenhang mit § 54 S. 1 BBG stehen die Pflichten zu Objektivität („unparteiisch“, § 52 I 2 BBG), zur Uneigennützigkeit (§§ 54 S. 2, 70 BBG) sowie zur Amtsverschwiegenheit (§ 61 BBG).¹⁴⁰
 - Das Verhältnis von Vorgesetzten und Untergebenen (§ 55 BBG) bildet ebenfalls ein weites Feld für Möglichkeiten pflichtwidrigen Verhaltens; oft wird der (formale) Gehorsamsverstoß freilich hinter die materielle Pflichtverletzung zurücktreten.¹⁴¹ Die komple-

mentäre Unterstützungspflicht nach S. 1 ebd. wird häufig dann bedeutsam werden, wenn die Rechts- oder Weisungslage (noch) ungeklärt erscheint, und dann zum Herbeiführen einer diesbezüglichen Entscheidung und/oder einem Zuwarten zwingen.¹⁴² Aus § 55 S. 1 und § 54 S. 3 BBG ergibt sich das Gebot der Offenheit und Wahrhaftigkeit im dienstlichen Umgang. Ob dies so weit reicht, daß ein Beamter im Disziplinarverfahren nicht bloß schweigen (s. § 26 II 3 BDO), sondern sogar lügen darf, ist heftig umstritten¹⁴³; angesichts der auch hier wie im Strafrecht bestehenden Konfliktsituation spricht vieles dafür, bei der Bemessung der Disziplinarmaßnahme hierauf nicht (auch) abzustellen.

- Inner-, aber vor allem außerhalb des Dienstes wirkt § 54 S. 3 BBG als Auffang-Tatbestand für alle die Dienstpflichten, die nicht anderswo speziell normiert sind. Ihm unterfallen zunächst die diversen Störungen des Betriebsfriedens durch grob unkollegiales Verhalten, nicht zuletzt in Gestalt von Ehrverletzungen und Tätlichkeiten, aber auch achtungs- und ansehensminderndes Auftreten Außenstehenden gegenüber, wie schikanöse Behandlung oder sexuelle Belästigungen.¹⁴⁴ Gerade dabei sind erhöhte Maßstäbe an das Verhalten von Vorgesetzten (§ 3 II 2 BBG) anzulegen, die etwa kraft dienstaufsichtlicher Befugnisse gegen fehlsam handelnde Beamte einschreiten müssen, umgekehrt ihre spezifischen Kompetenzen nicht zu rechtswidrigen Anordnungen/Zwecken einsetzen dürfen.¹⁴⁵
- Verstöße gegen die Verpflichtung auch zu außerdienstlichem Wohlverhalten schließlich ereignen sich wohl zumeist im Straßenverkehr, sofern nur dabei die Schwelle zur disziplinarischen Relevanz überschritten wird; auch hier ist allerdings nicht jede Straftat oder gar jede Ordnungswidrigkeit stets auch ein Dienstvergehen.¹⁴⁶ Als „sozialschädliche, echt kriminelle Verantwortungslosigkeit“¹⁴⁷ gelten aber Trunkheitsfahrten – strafbar nach §§ 315 a, 315 c, 316 bzw. 323 a StGB –, unerlaubtes Entfernen vom Unfallort gem. § 142 StGB sowie das Fahren ohne Fahrerlaubnis (§ 21 StVG), zumal nach deren strafgerichtlicher Entziehung (nach § 69 StGB).¹⁴⁸ Gravierend genug für eine Ahndung im Disziplinarverfahren können des weiteren Straftaten gegen das Eigentum oder Vermögen sein, wie Diebstahl, Unterschlagung, Hehlerei, Betrug und Untreue, wenn sie nicht unter die „Bagatell“-Kriterien der §§ 247, 248 a StGB zu subsumieren sind. Leichtfertiges Schuldenmachen und unehrenhafte (Nicht-)Abwicklung von Verbindlichkeiten ohne strafrechtliche Implikationen mögen nur in extremen Fällen auch disziplinarrechtlich bedeutsam werden¹⁴⁹; dagegen erfüllen Urkunds- und Aussage-Delikte des öfteren die Voraussetzungen des § 77 I 2 BBG.
- Ein achtungs- oder ansehenschädigendes Verhalten anderer, seien dies auch nahestehende Personen, insbesondere Familienangehörige, könnte dem Beamten allenfalls vorgehalten werden, wenn er dies veranlaßt oder doch geduldet hat. Selbst dann resultiert daraus freilich kein „Zwang zur Ehescheidung“¹⁵⁰ (mehr), wie ihn ehemals der Bundesdisziplinarhof¹⁵¹ als einzige Alternative zum Entlassungsantrag (gem. § 30 BBG) erachtete. Denn auch hier muß der Wertung des Art. 6 I GG Rechnung getragen werden.
- d) Zwar setzt ein Dienstvergehen voraus, daß mindestens ein (objektiver) Pflichtenverstoß begangen wurde, be-

schränkt sich aber nicht auf diesen Fall. Da die Ahndung persönlichkeitsbezogen erfolgt, ist eine isolierte Beurteilung und Bewertung einzelner Verfehlungen regelmäßig ausgeschlossen.¹⁵² Die Erziehungs- wie die Reinigungsfunktion des Disziplinarrechts¹⁵³ richten sich an der aus dem Gesamtverhalten ersichtlichen Persönlichkeitsstruktur des Betroffenen aus („Einheit des Dienstvergehens“¹⁵⁴). Eine Verselbständigung einzelner Handlungen ist nur angebracht, wenn – insbesondere nebensächliches und/oder unbedeutendes – Fehlverhalten aus dem (konkreten) „zeitlichen, ursächlichen, psychologischen und wesensmäßigen Zusammenhang“¹⁵⁵ herausfällt. Verfahrensrechtlich führt die Global-Betrachtung vor allem dazu, daß bei der Anwendung des § 4 BDO alle Pflichtverletzungen noch Relevanz behalten, solange die letzte Verfehlung nicht verjährt ist¹⁵⁶, und daß bei § 14 BDO eine Teil-Einstellung, soweit derselbe Sachverhalt vorliegt, außer Betracht zu bleiben hat.¹⁵⁷ Eine „Verwirkung“ der Disziplinalgewalt soll ebenfalls mit dem Einheits-Grundsatz unvereinbar sein.¹⁵⁸ Jedoch erstreckt sich die Rechts- bzw. Bestandskraft einer Disziplinarmaßnahme auf jedes pflichtwidrige Verhalten, welches vor dem für sie maßgeblichen (Entscheidungs-)Zeitpunkt lag, und hindert so in der Regel an dessen nachträglicher, getrennter Verfolgung. Andererseits können auch erst nach der Einleitung eines förmlichen Verfahrens aufgegriffene, weitere Pflichtverletzungen noch in dieses einbezogen werden (s. §§ 62 II, 67 III BDO).¹⁵⁹ Der Tilgung unterliegende Disziplinarmaßnahmen (§ 119 I 1 BDO) dürfen nach Fristablauf (gem. Abs. 2, 3 ebd.) nicht mehr bei „weiteren“ Maßnahmen berücksichtigt werden (§ 119 I 2); nach Abs. 4 ebd. gilt der Beamte dann als „nicht betroffen“ (vgl. § 51 I BZRG). Hierüber kann er ggf. nach § 122 BDO eine (disziplinargerichtliche) Klärung herbeiführen.¹⁶⁰ Freilich erscheint ein Verzicht auf den Schutz durch § 119 BDO zulässig, welcher i. ü. lediglich die disziplinar Aufklärungsvorgänge bis zur Entscheidung über die Ahndung betreffen, also nicht die vorausliegenden Fakten dienstserheblicher Art.¹⁶¹

- e) Rechtfertigungsgründe für ein bestimmtes Handeln oder Unterlassen haben im Disziplinarrecht – wenn überhaupt – Bedeutung bereits im Hinblick auf das (Nicht-)Vorliegen einer Pflichtverletzung, d. h. beim Tatbestand der je einschlägigen Vorschrift. Zwar sind auch Anleihen im Strafrecht denkbar, etwa Notwehr (§ 32 StGB), rechtfertigender Notstand (§ 34 ebd.), ferner die Wahrnehmung berechtigter Interessen (§ 193 StGB).¹⁶² Dann fehlt es aber an der Pflichtwidrigkeit; nichts anderes gilt beim Verstoß gegen eine Weisung, wenn die Voraussetzungen des § 56 II 3 Hs. 1 BBG erfüllt sind.¹⁶³ Eine Einwilligung bzw. Duldung von (Dienst-)Vorgesetzten wird hingegen meist nur eine mildere Ahndung nach sich ziehen können (s. § 56 I BBG), denn das Einverständnis des Bürgers mit einem bestimmten (Fehl-)Verhalten ist irrelevant, wenn/ weil dieser über das beeinträchtigende Rechtsgut nicht allein wirksam verfügen kann.¹⁶⁴
- f) Nur eine schuldhafte Verletzung von Dienstpflichten unterfällt § 77 I oder II BBG. Der (Ruhestands-)Beamte darf also zum einen zur Zeit der Verfehlung nicht schuldunfähig (i. S. v. § 20 StGB) gewesen sein; hier wie bei der gleichfalls zulässigen entsprechenden Anwendung von § 21 StGB gilt „im Zweifel für den Betroffenen“.¹⁶⁵ Später eintretende Verhandlungsunfähigkeit hindert allerdings die Einleitung oder Fortsetzung eines Disziplinarverfahrens nicht; vielmehr kann ein (anderer) Beamter als Pfleger – künftig: Betreuer¹⁶⁶ – die Rechte des Gehan-

dicapten wahrnehmen (§ 19 BDO). Die Schuldformen Vorsatz und Fahrlässigkeit folgen den allgemeinen Regeln, ebenso der Tatbestandsirrtum (§ 16 StGB). Für das erforderliche Bewußtsein der Pflichtwidrigkeit ist es ohne Belang, wenn der Beamte fälschlich meint, er gehöre dem öffentlichen Dienst nicht (mehr) an.¹⁶⁷ Gleichmaßen unerheblich bleibt ein vermeidbarer Verbotsirrtum (§ 17 StGB); der Beamte darf sich bei (noch) unbestimmter Pflichten- oder unbekannter/ungeklärter Rechtslage nicht auf Unkenntnis oder eine private Interpretation berufen, sondern muß dann sorgfältige und umfassende (dienstliche) Erkundigungen einziehen.¹⁶⁸ Praktisch bedeutungslos sind endlich Schuldausschließungsgründe in Analogie zu §§ 33, 35 StGB.

III. Disziplinarmaßnahmen als spezifische Sanktionen

1. Arten und Systematik

- a) Ein Dienstvergehen muß nicht notwendig zu Disziplinarmaßnahmen als der wichtigsten (disziplinar) Rechtsfolge pflichtwidrig-schuldhaften Verhaltens führen; vielmehr steht dessen Ahndung („einschreiten“) im pflichtgemäßen Ermessen¹⁶⁹ der nach § 15 BDO zuständigen Behörde(n). Dem Opportunitätsgrundsatz zufolge mag bei Berücksichtigung des gesamten inner- und außerdienstlichen Handelns eines Beamten (s. § 3 S. 2 BDO) eine Disziplinarmaßnahme nicht „angezeigt“ sein (vgl. § 27 S. 1 BDO; ferner §§ 31 IV 5, 64 II 1, 76 II 3 ebd.). Dafür kann Geringfügigkeit ausschlaggebend sein; immer muß aber dem Gleichbehandlungsgebot (des Art. 3 I GG) Rechnung getragen werden.¹⁷⁰
- b) Disziplinar„maßnahmen“ (früher: –strafen) sind nur die in § 5 I BDO ausdrücklich und abschließend aufgelisteten Reaktionen, deren Inhalt in §§ 6 ff. BDO näher gekennzeichnet wird. Freilich sind mit der primären Ahndung noch andere Folgen für den Status des Betroffenen verknüpft. So statuieren §§ 9 III, 10 I 2 BDO ein Beförderungsverbot, um auszuschließen, daß auf derartige Weise (über § 12 I BLV) finanzielle Einbußen wettgemacht werden können. Bei der „Degradierung“ – Versetzung in ein Amt derselben Laufbahn(gruppe), s. § 2 II BLV mit geringerem Endgrundgehalt (§ 27 I 2 BBesG) – treten außerdem hinzu der Verlust der Befugnis, die bisherige Amtsbezeichnung (§ 81 BBG) zu führen (§ 10 I 1 aE BDO), sowie der Wegfall von Nebentätigkeiten (§ 1 I, IV BNV), die der Beamte in (engem) Zusammenhang mit seinem bisherigen Amt oder auf Verlangen, Vorschlag oder Veranlassung seines Dienstvorgesetzten (s. § 64 BBG)¹⁷¹ übernommen hatte (§ 10 II BDO). Schließlich beeinflußt eine Disziplinarmaßnahme auch die Gewährung von Jubiläumszuwendungen (§ 80 b BBG) negativ; gem. § 7 JuvV¹⁷² wird diese hinausgeschoben oder zurückgestellt, außer bei unerheblichen Verstößen.¹⁷³
- c) Wird – als härteste Maßnahme staatlicher Disziplinar„gewalt“ – auf Entfernung aus dem Dienst (§ 11 BDO) oder auf Aberkennung des Ruhegehalts (§ 12 II ebd.) erkannt, so bedeutet dies nicht bloß die Beendigung des (Ruhestands-)Beamtenverhältnisses ab Rechtskraft des betr. disziplinargerichtlichen Urteils (§ 117 VI 1 BDO). Vielmehr gehen neben dem Anspruch auf Dienstbezüge – nicht im Sinne von § 1 II BBesG, sondern gem. § 1 der nach § 131 II BDO erlassenen Verordnung vom 20. 11. 1967¹⁷⁴ – und auf Versorgung (§ 85 BBG i. V. m. § 2

BeamVG), einschl. der Hinterbliebenenversorgung (§ 2 I Nr. 2 i. V. m. §§ 16 ff. BeamVG) und ggf. aus früheren Dienstverhältnissen herrührender Forderungen (§ 13 BDO), auch das Recht zum Tragen einer Dienstkleidung (§ 76 BBG) verloren; akademische Titel bleiben freilich bestehen.¹⁷⁵ Über § 68 BBG hinaus enden weiterhin sämtliche Ämter des Betroffenen im Bundesdienst (§§ 11 II, 12 II 3 BDO). Schließlich bestimmt die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der BDO (zu § 11), bei Entfernung aus dem Dienst „soll(e) der Betroffene . . . auch nicht als Angestellter oder Arbeiter verwendet werden“.¹⁷⁶ Eine Milderung dieser Folgen kommt in Betracht, „wenn der Verurteilte nach seiner wirtschaftlichen Lage der Unterstützung bedürftig und ihrer nicht unwürdig erscheint“ (§ 77 I 1 BDO)¹⁷⁷; hiernach kann ein Unterhaltsbeitrag jedoch nur auf bestimmte Zeit, i. d. R. zunächst für sechs Monate, bewilligt werden, darf das (hypothetische) Ruhegehalt nicht erreichen, ist aber umgekehrt nachträglich abänderbar (s. § 110 BDO).¹⁷⁸ Wenn die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen (§ 1232 RVO, § 9 AVG) vorliegen, müssen aktive wie Ruhestandsbeamte jedenfalls in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert werden.¹⁷⁹

- d) Der Katalog des § 5 I BDO beinhaltet auch eine Stufung der zulässigen Disziplinarmaßnahmen. Als mildeste Pflichtenmahnung ist dort der schriftliche, ausdrücklich als solcher gekennzeichnete „Verweis“ vorgesehen (§ 6 I BDO), der wie die nächstschwerere Reaktion (Geldbuße) nicht allein durch Disziplinarverfügung, sondern auch durch Urteil (s. § 76 I BDO: „eine“ Disziplinarmaßnahme) verhängt werden kann; er „gilt als vollstreckt, sobald er unanfechtbar ist“ (§ 117 II BDO). Sonstige mißbilligende Äußerungen¹⁸⁰ eines Dienstvorgesetzten im Rahmen seiner dienstaufsichtlichen Befugnisse (vgl. § 6 II BDO) brauchen allerdings nicht stets einfach hingenommen zu werden; vielmehr eröffnet § 124 BDO bei schriftlichen Rügen o. ä., die den Vorwurf eines Dienstvergehens enthalten, die gleichen Rechtsschutzmöglichkeiten wie einer Disziplinarverfügung gegenüber; § 31 BDO gilt entsprechend. Dies kann zu dem scheinbar paradoxen Fall der Anfechtung einer Einstellungsverfügung führen, welche daher mit einer Rechtsbehelfsbelehrung (gem. § 24 BDO) zu versehen ist.¹⁸¹ Die disziplinäre Zielrichtung auch „bloßer“ Mißbilligungen zeigt sich zudem in der Erstreckung der Tilgungsregeln auch auf diese Akte (§ 119 V BDO). Geldbußen – nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Sanktion des Ordnungswidrigkeitenrechts (s. § 17 OWiG) – können ebenfalls noch/auch von Disziplinarbehörden verhängt werden; anders als beim Verweis, bei welchem nach § 29 II BDO die Zuständigkeit allein aus der Überordnung resultiert, sind die Kompetenzen zum Erlass einer diesbezüglichen Maßnahme jedoch je nach Betrag verschieden: Bei mehr als der Hälfte der zulässigen Höchstsumme, d. h. der einmonatigen Dienstbezüge (§ 7 S. 1 BDO) oder, insbesondere bei Anwärtern (nach S. 2 ebd. i. V. m. § 1 III Nr. 1 BBesG), von 500.– DM, darf in der Regel nur die oberste Dienstbehörde (§ 3 I BBG) die Entscheidung fällen, so daß andere Dienstvorgesetzte die Sache hier dorthin abgeben müssen (§ 28 S. 2 aE BDO), es sei denn, als Einleitungsbehörde nach § 35 BDO werde eine Mittel- oder gar Unter-Behörde bestimmt (§ 29 III 1, 2 BDO).¹⁸² Im Hinblick auf die Vollstreckung kann aus Fürsorgeaspekten (§ 79 BDO) Ratenzahlung bewilligt werden; im übrigen wird diese nach Bestands-/Rechtskräftigwerden

durch Abzug von den Dienst(- oder Versorgungs)bezügen bewirkt (§ 117 I, III BDO). Strikter Pfändungsschutz etwa über §§ 850 ff. ZPO greift freilich nicht ein, wie die Parallele des § 84 II 2 BBG verdeutlicht.¹⁸³

Klarstellend unterstreicht § 8 BDO, daß die im nicht-förmlichen Verfahren möglichen Disziplinarmaßnahmen (§ 29 I BDO) nicht automatisch eine Beförderung verhindern, sondern das Dienstvergehen allein bei der Voraussetzung der (mangelnden) „Bewährung“ (§§ 12 II 1 i. V. m. 11 BLV) zu berücksichtigen ist.

- e) Dem förmlichen Disziplinar(gerichts)verfahren vorbehalten sind zum einen Maßnahmen gegen Ruhestandsbeamte (§ 5 II BDO), des weiteren bestimmte, gravierendere Arten des Einschreitens gegen aktive Beamte. Dabei entsprechen sich zunächst Gehalts- (§ 9 I BDO) und Ruhegehaltskürzung (§ 12 I ebd.) nicht nur in den Voraussetzungen (arg. § 117 IV, VII Hs. 1 BDO)¹⁸⁴, sondern auch in Dauer und Ausmaß: In beiden Fällen geht es um eine über einen bestimmten Zeitraum periodisch wiederholte, erzieherische Einwirkung vornehmlich durch finanzielle Belastung des Betroffenen. Als Höchstmaß der Verminderung der jeweiligen Bezüge sieht die BDO 20% bzw. 5 Jahre vor; nicht eigens geregelt ist hingegen das Minimum. Wegen der andersartigen Konzeption darf hier die Einbuße auch insgesamt weniger als die zulässige Höchstsumme einer Geldbuße ausmachen. Eine Mindestlaufzeit von einem Monat im Hinblick auf § 3 IV, V BBesG, § 49 IV BeamVG erscheint aber nicht systemgerecht¹⁸⁵; als geringstmöglicher Bruchteil („Prozent“) mag 1 v. H. anzusehen sein.¹⁸⁶ Keiner Kürzung unterliegen Sterbe-, Witwen- und Waisengeld (§ 117 IV 4 BDO i. V. m. §§ 18, 19, 23 BeamVG).

Die härteste Maßnahme gegen einen noch nicht absolut, wohl aber relativ untragbaren (aktiven) Beamten, eine Herabsetzung gem. § 10 BDO, ist nur dann möglich, wenn sich der betr. Bedienstete nicht (erst) im Eingangsamte (§§ 23 f. BBesG) der Laufbahn(gruppe) befindet; ein disziplinares Gegenstück zum „Aufstieg“ (§ 25 BBG) fehlt.¹⁸⁷ Zulässig ist freilich eine „Degradierung“ über mehrere Beförderungsämtel (§ 25 BBesG) hinweg, woraus sich mit lebenslanger Wirkung eine neue, niedrigere Dienstaltersstufe (§§ 27 f. BBesG) ergibt.¹⁸⁸ Das Dienstvergehen unterliegt hier weder der Verfolgungsverjährung nach § 4 noch dem Ahndungsverbot des § 14 BDO, ebensowenig ist eine Tilgung der Herabsetzung vorgesehen; einem in den Ruhestand getretenen/versetzten Beamten gegenüber bedeutet sie die Reduzierung der Versorgungsbezüge (§ 117 VII Hs. 2 BDO). Steht die Sanktion nach § 10 (oder gar die nach § 11 bzw. § 12 II) BDO zu erwarten, vermag der Bundesdisziplinaranwalt die Einleitung eines förmlichen Verfahrens zu erzwingen (§ 39 BDO).¹⁸⁹

2. Regeln für die Zumessung von Disziplinarmaßnahmen

- a) Welche Disziplinarmaßnahme jeweils angemessen ist, läßt sich hauptsächlich durch das objektive „Eigenge-“ eines Dienstvergehens einerseits, Umstände in der Person des Betroffenen zum andern bestimmen.¹⁹⁰ Die „Einstufungsfunktion“ wird durch die unterschiedliche Bewertung von Pflichtverletzungen in der BDO, etwa in §§ 4, 14, 119, deutlich, so daß nicht zuletzt im Interesse der Rechtssicherheit eine gewisse Typisierung in Gestalt von Regelmaßnahmen bei bestimmten Dienstvergehens-

Kategorien angebracht, wenn nicht gar geboten erscheint. Hiermit zusammen hängt auch der Grundsatz der stufenweisen Steigerung von Disziplinarmaßnahmen (im Wiederholungsfall), was jedoch nicht als Zwang zur Wahl einer schärferen Art von Sanktion (miß-)zuverstehen ist, sondern generell aus der Erziehungsfunktion resultiert.¹⁹¹ Amtstätigkeit in einer herausgehobenen, insbesondere einer Vorgesetzten-Stellung bildet ebenfalls einen wichtigen Anknüpfungspunkt disziplinarer Reaktion, vornehmlich als „relative“ Untragbarkeit (bezogen auf § 10 BDO).¹⁹²

Damit aus der (notwendigen) Schematisierung aber keine starre Fessel wird, welche die Besonderheiten jedes einzelnen Falles verkennen muß, sind daneben gleichermaßen Milderungs- wie Erschwerungsgründe persönlicher Natur zu beachten: Außer externen Tatumständen wie z. B. den Folgen eines (Fehl-)Verhaltens für alle Beteiligten, müssen auch Faktoren wie Motiv, Verschuldensgrad, Not- und Konfliktlagen in Erwägung gezogen werden, des weiteren das Auftreten vor und nach Entdeckung des Pflichtenverstößes.¹⁹³

- b) Bei der Entscheidung für Verweis einerseits, Entfernung aus dem Dienst bzw. Aberkennung des Ruhegehalts auf der anderen Seite erschöpft sich die Zumessung im Verhängen dieser und keiner anderen Disziplinarmaßnahme(n): § 6 I BDO bezieht sich dabei auf Pflichtverletzungen gerade oberhalb der Schwelle disziplinarer Erheblichkeit; demgegenüber setzen die beiden statusbeendenden Akte die völlige Zerstörung des Vertrauensverhältnisses zwischen Dienstherrn und (Ruhestands-)Beamten voraus („absolute“ Untragbarkeit).¹⁹⁴ Bei den übrigen Sanktionen bedarf es dagegen noch der Konkretisierung des im Einzelfall Angemessenen, wofür in erster Linie spezialpräventive Erwägungen maßgeblich sind, was allerdings Abschreckungszwecke nicht völlig ausschließt.¹⁹⁵

- c) Die Rechtsprechung der Disziplinargerichte zeigt sich zwar heute ziemlich zurückhaltend, was die Aufstellung allgemeiner Kriterien für die Zuordnung von Dienstvergehen und Disziplinarmaßnahme(n) angeht; gleichwohl können einige Faustregeln skizziert werden:

Als ein Fehlverhalten, welches normalerweise die Entfernung aus dem Dienst erfordere, ist es anzusehen, wenn sich ein Beamter bei Ausübung seiner dienstlichen Tätigkeit an ihm anvertrauten Vermögenswerten vergreift, da hierin ein „Treubruch im Kernbereich der dienstlichen Pflichten“ liege.¹⁹⁶ Das für das Funktionieren der (staatlichen) Verwaltung unabdingbare Vertrauen in die Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit ihrer Beamten mag nur dann wegen der spezifischen Umstände der Verfehlung nicht irreversibel zerstört sein, wenn eine einmalige unbeachtete Gelegenheitstat (eines sonst untadeligen Bediensteten) in einer besonderen Versuchssituation gegeben ist,¹⁹⁷ bei einem Handeln aus einer unverschuldeten, unausweichlichen wirtschaftlichen Notlage heraus¹⁹⁸ oder als Folge einer psychischen Zwangssituation des Täters.¹⁹⁹ Als (vierten) Milderungsgrund akzeptiert das BVerwG inzwischen auch, daß ein Beamter den Schaden freiwillig, in der Regel also vor dessen Aufdeckung, ausgleicht.²⁰⁰

Als weitere Fälle vorsätzlichen, schwerwiegenden Versagens im Hinblick auf zentrale Beamtenpflichten, die regelmäßig die disziplinäre Höchstmaßnahme nach sich ziehen, sind beharrliche Verletzung der politischen Treuepflicht (§ 52 II BBG) zu nennen, wenn und weil sich der Betroffene als unbelehrbar erweist und mithin jede andere Disziplinarmaßnahme erfolglos bleiben müßte²⁰¹,

ferner Bestechlichkeit (§ 332 StGB), aber auch längeres, ungenehmigtes Fernbleiben vom Dienst (s. § 54 S. 1 BBG).²⁰²

Bedeutsame und häufige Erscheinungsformen eines Fehlverhaltens, das zumindest eine nur im förmlichen Verfahren mögliche Gehaltskürzung erfordert, sind einmal Eigentumsdelikte außerhalb des unmittelbaren dienstlichen Bereichs²⁰³, des weiteren der Genuß von Alkohol oder sonstigen Drogen im Dienst wie unmittelbar vor dessen Beginn²⁰⁴, zumindest wenn dies die Dienstfähigkeit spürbar beeinträchtigt und/oder der fehlsame Beamte speziell für Verkehrssicherheit verantwortlich ist.²⁰⁵ Allerdings wird im Falle einer an sich angezeigten (Ruhe-)Gehaltskürzung oft § 14 BDO zur Unzulässigkeit dieser Ahndung und zur Einstellung des Disziplinarverfahrens führen.²⁰⁶

Für das nichtförmliche Verfahren bleiben so weithin nur Pflichtverletzungen geringe(re)n Gewichts übrig, etwa der bloße Verstoß gegen ein (rechtmäßig angeordnetes)²⁰⁷ Alkoholverbot, das kurzfristige unerlaubte Fehlen, wiederholte Versäumnisse bei Krankmeldungen oder sonstige weniger bedeutsame Verstöße gegen dienstliche Vorschriften bzw. Anordnungen, bei denen das Unterlassen einer Ahndung aufgrund von § 3 BDO nicht mehr ermessensfehlerfrei zulässig wäre.²⁰⁸

IV. Disziplinarverfahrensrecht

1. Sachverhaltsaufklärung als eigener Abschnitt

- a) Der zentrale Abschnitt III der BDO (§§ 15 ff.) unterscheidet zwei Verfahren, als deren Ergebnis jeweils ein Dienstvergehen mit einer Disziplinarmaßnahme geahndet werden kann. Während Disziplinar-Behörden lediglich Verweise und Geldbußen durch Disziplinarverfügungen aussprechen dürfen (§ 29 I BDO), müssen bei schweren Verfehlungen (besondere Verwaltungs-)Gerichte mit der Angelegenheit befaßt werden und entscheiden diese – d. h. die aus einem Vorsitzenden und die zwei Beamtenbeisitzern (§§ 45 III, 50 II BDO) bestehenden Kammern beim BDiszG (§ 41), einem der seltenen Bundesgerichte mit erstinstanzlicher Zuständigkeit (Art. 92, 96 IV GG)²⁰⁹, sowie die Disziplinarsenate beim BVerwG (§ 55 BDO) als Beschwerde- bzw. Berufungsgericht (§§ 79 f. ebd.) – über die disziplinäre Reaktion. Der nach Art. 19 IV GG gebotene (effektive) Rechtsschutz gegenüber der öffentlichen Gewalt, vornehmlich der Exekutive, wird bei disziplinarbehördlichen Entscheidungen über § 31 (III,) IV BDO gewährleistet, wonach zwar nur (Abs. IV S. 2 ebd.), aber immerhin ein richterliches Organ zur uneingeschränkten Kontrolle in tatsächlicher wie rechtlicher Hinsicht berufen ist.²¹⁰

- b) Stets freilich beginnt das Verfahren mit Vorermittlungen gem. § 26 BDO; außerhalb dieser Bestimmung über Wann und Wie der disziplinarischen Verfolgung sollen auch formlose „Verwaltungsermittlungen“ statthaft sein, die aber jedenfalls die Schutzfunktion des § 26 zugunsten des Betroffenen nicht unterlaufen dürfen.²¹¹ In zwei, diametral entgegengesetzten Situationen bedarf es allerdings keiner eingehenderen Vorermittlungen: Bei zureichenden Verdachtsgründen für ein schweres Dienstvergehen kann die umfassende Aufklärung des Sachverhalts besser im Rahmen der dann ohnehin nötigen Untersuchung (gem. §§ 56 ff. BDO) vonstatten gehen.²¹² Umgekehrt ist ein vereinfachtes Verfahren zulässig bei strafgericht-

lich bereits geahndeten Fällen außerhalb des Dienstes begangener Pflichtverletzungen (§ 77 I 2 BBG), wenn nach der Aktenlage von vornherein feststeht, daß ein sachgleiches Disziplinarverfahren in Anwendung von § 14 BDO nicht zu einer zusätzlichen Disziplinarmaßnahme führen werde. Dieses oft den übereinstimmenden Interessen des Beamten und des Dienstvorgesetzten Rechnung tragende Vorgehen setzt allerdings das (schriftliche) Einverständnis des Betroffenen (und des Bundesdisziplinaranwalts) voraus, da hier auf gesetzlich eingeräumte Rechte verzichtet wird²¹³; es mündet alsbald in eine Einstellungsverfügung, deren Begründung freilich regelmäßig eine schriftliche Mißbilligung beinhaltet, womit dann am Ende doch eine Anfechtung möglich bleibt und so die angestrebte Beschleunigung wieder zunichte gemacht werden kann.²¹⁴

- c) Werden reguläre Vorermittlungen durchgeführt, so ordnet der (in der Regel unmittelbare) Dienstvorgesetzte dies lediglich an. Er trifft nötigenfalls darüber hinaus ein (befristetes) Verbot nach § 60 BBG²¹⁵ und verfügt dessen sofortige Vollziehbarkeit (gem. § 80 II Nr. 4 VwGO); hiergegen müßte der Beamte (vorläufigen) Rechtsschutz vor den allgemeinen Verwaltungsgerichten suchen. Die „erforderliche“ Sachverhaltsaufklärung (§ 26 I 2 BDO) wird meist einem sog. „Ermittlungsführer“ übertragen; der dazu bestimmte Beamte muß nicht den Voraussetzungen des § 56 II BDO genügen, ist andererseits weisungsgebunden.²¹⁶ Im Unterschied zu einem Untersuchungsführer ist ferner speziell ein Ausschluß kraft Gesetzes (s. § 56 IV i. V. m. § 51 BDO) nicht ausdrücklich vorgesehen; daß (über § 25 BDO) ein Ermittlungsführer allgemein wegen Besorgnis der Befangenheit (§ 24 I StPO) abgelehnt werden könne, wird durchweg verneint²¹⁷, was im Hinblick auf die Wertung des § 21 VwVfG zweifelhaft erscheint. Art und Umfang der Vorermittlungen liegen weithin im pflichtgemäßen Ermessen des hierfür auch bei Einsetzung eines Ermittlungsführers allein verantwortlichen Dienstvorgesetzten; dabei stehen das Beschleunigungsgebot als Ausfluß der Fürsorgepflicht²¹⁸ und die gebotene Gründlichkeit in einem gewissen Spannungsverhältnis. Die BDO enthält nur einige Minimalanforderungen zur Transparenz des Verfahrens; die möglichst frühzeitige (erste) Anhörung des Beamten (§ 26 II) darf erst nach seiner Unterrichtung über das ihm vorgeworfene Fehlverhalten und einer Belehrung über seine Rechte erfolgen; lediglich (richtige) Angaben „zur Person“ sind obligatorisch, um einen weiteren Pflichtenverstoß (sowie ein Bußgeld aufgrund von § 111 OWiG) zu vermeiden. Über diese Vernehmung und über spätere ist ebenso eine Niederschrift anzufertigen – wofür ein Schriftführer eingesetzt werden kann, aber (anders als bei § 57 BDO) nicht muß – wie über jede (andere) Beweiserhebung.²¹⁹ Während der Beamte ein Recht auf Aushändigung des Anhörungsprotokolls hat, steht ihm ansonsten nur, aber immerhin ein Akteneinsichtsrecht zu, welches dem Umfang nach weithin § 29 VwVfG entspricht (§ 26 III BDO); hinsichtlich der hier ebenfalls veranlassenden dienstlichen Beurteilung (§ 40 I 1 BLV) ist das Informations-/Mitwirkungsrecht des Betroffenen speziell geregelt (S. 2 ebd.).²²⁰

Dem Beamten und dem Bundesdisziplinaranwalt bekanntzugeben, daher schriftlich abzufassen (vgl. § 23 I 2 BDO) ist das „wesentliche Ergebnis der Vorermittlungen“, eine zusammenfassende Darstellung des Sachverhalts sowie der für die Entscheidung bedeutsamen

(rechtlichen) Gesichtspunkte.²²¹ Daneben mag der Ermittlungsführer dem Dienstvorgesetzten unverbindliche Vorschläge für die angezeigte disziplinare Reaktion machen. Nach Ende der (ggf. ergänzten) Ermittlungen hat eine abschließende Anhörung des Beamten zu erfolgen (§ 26 IV 4 BDO), bei der sowohl der Bundesdisziplinaranwalt als auch ein Verteidiger (§ 40 BDO) anwesend sein dürfen (§ 26 IV 5). Dieses Schlußgehör, worüber wieder eine Verhandlungsschrift zu fertigen ist (§ 26 IV 4 Hs. 2 i. V. m. II 4 BDO), bildet die Grundlage für das weitere Vorgehen der Disziplinarbehörde(n).²²²

2. Disziplinarbehördliches („nichtförmliches“) Verfahren

- a) Aufgrund des Resultats der Ermittlungen muß zunächst der Dienstvorgesetzte entscheiden, ob und wie gegen den betroffenen Beamten einzuschreiten ist. Eine Einstellung (durch schriftliche Verfügung, arg. § 23 I 2 BDO) ist geboten, wenn entweder der Verdacht eines Dienstvergehens ausgeräumt wurde oder doch Zweifel an dessen Vorliegen bleiben (entsprechend der Maxime „in dubio pro reo“, wiewohl deren Ableitung aus Art. 6 [2] EMRK hier schwerlich in Betracht kommt²²³). Sie ist gleichermaßen zwingend, wenn der Dienstvorgesetzte eine Disziplinarmaßnahme (aus formellen Gründen etwa) „nicht für zulässig“ erachtet, z. B. aufgrund der § 4 oder § 14 BDO. Fakultativ kann die Einstellung nach Maßgabe des § 3 BDO erfolgen („nicht angezeigt“ i. S. v. § 27 S. 1 BDO). Die Bestandskraft von Einstellungsbescheiden wirkt aber generell nicht gegenüber höheren Dienstvorgesetzten bzw. Einleitungsbehörden für das förmliche Verfahren (§ 27 II BDO); in bezug auf abweichende Sachentscheidungen dürfte sich jedoch über eine analoge Anwendung des § 32 II 3 BDO eine Befristung der Änderungsbefugnis ergeben.²²⁴
- b) Nur dann, wenn der Dienstvorgesetzte eine Geldbuße als angemessene Sanktion erachtet, ist er (im Hinblick auf § 29 III BDO) zuweilen gehalten, die Entscheidung eines höheren Dienstvorgesetzten herbeizuführen (§ 28 S. 2 BDO aE). Ansonsten gebietet es ihm die Gesetzesregelung angestrebte Sachnähe, selbst die Disziplinarmaßnahme zu treffen, woraus umgekehrt auch Grenzen für die Einflußnahme übergeordneter Stellen folgen.
- c) Die Disziplinarverfügung als dritte Möglichkeit, ein nichtförmliches Disziplinarverfahren abzuschließen, ist ein Verwaltungsakt gem. § 35 S. 1 VwVfG, für den insbesondere § 30 BDO allerdings einige Sondervorschriften trifft. So ergibt sich etwa das Gebot hinreichender inhaltlicher Bestimmtheit aus dem VwVfG (§ 37 I)²²⁵; die notwendige Schriftlichkeit geht jedoch über die Anforderungen des § 37 II 1 VwVfG hinaus, und für die Unterzeichnung modifiziert § 30 I BDO die allgemeine Regelung des § 37 III VwVfG.²²⁶ Der Begründungszwang wird zwar zum einen durch § 39 I 2, 3 VwVfG ausgestaltet, erfährt aber entgegen Abs. 2 ebd. keine Ausnahmen. Die Bekanntgabe schließlich (s. § 41 [V] VwVfG) muß dem Beamten gegenüber durch Zustellung (nach § 23 I 1 oder § 23 a I, II BDO) erfolgen; zugleich ist eine Mitteilung an den Bundesdisziplinaranwalt vonnöten (§ 30 II BDO). Für die Disziplinarverfügung als „anfechtbare Entscheidung“ verlangt zudem § 24 BDO eine (korrekte) Rechtsbehelfsbelehrung; diese spezielle

Bestimmung geht §§ 58, 59 VwGO vor, weicht in der Sache davon allerdings nicht ab.

- d) In dem auf Erlass einer Disziplinarverfügung gerichteten Verwaltungsverfahren kommt die „Mitwirkung einer anderen Behörde“ (s. §§ 44 III Nr. 4, 45 I Nr. 5 VwVfG) nur bezüglich der Schwerbehindertenvertretung (§ 24 SchbG) in Betracht, die rechtzeitig anzuhören ist (§ 25 II ebd.); eine „Heilung“ unterlassener Beteiligung dürfte angesichts von § 25 II 2 SchbG in der Regel ausscheiden.²²⁷ Hingegen sieht das BPersVG eine Mitwirkung oder gar -bestimmung der Personalvertretung im nichtförmlichen Disziplinarverfahren²²⁸ nicht vor, so daß eine Unterstützung für den Betroffenen lediglich im Rahmen ihrer allgemeinen Aufgabenstellung (§ 68 BPersVG) zulässig wäre.²²⁹
- e) Die gegen Disziplinarverfügungen eröffneten Rechtsbehelfe entsprechen den Anfechtungsmöglichkeiten gegen (sonstige) belastende Verwaltungsakte nur partiell. Im Regelfall tritt die „Beschwerde“ an die Stelle des „Widerspruchs“; sie ist stets schriftlich einzulegen (im Unterschied zu § 70 I 1 VwGO), wobei die Frist nicht einen Monat, sondern zwei Wochen ab Zustellung beträgt und für die Berechnung (über § 25 BDO) § 43 StPO eingreift.²³⁰ Ähnlich wie beim Widerspruch entfällt aber bei Verfügungen der obersten Dienstbehörde(n) das Vorverfahren (§ 31 I 1, III 1 BDO/§ 68 I 2 Nr. 1 VwGO), und richtiger Adressat ist ebenfalls sowohl die Ausgangs- als auch die Beschwerde-Behörde (§ 31 I 1, 3 BDO/§ 70 I VwGO). Für eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gelten dann wieder unterschiedliche Regelungen (§§ 70 II, 60 VwGO zum einen, § 25 BDO i. V. m. §§ 44 ff. StPO andererseits). Im Beschwerdeverfahren ist auch eine Abhilfe (§ 72 VwGO) ausgeschlossen (§ 31 II 1 BDO), allenfalls eine Stellungnahme bei der Weiterleitung an die zur Beschwerdeentscheidung berufene Stelle möglich.²³¹ Über deren (notwendigen) Inhalt besagt die BDO weiter nichts, so daß die Grundsätze für § 30 BDO heranzuziehen sind und zudem (s. a. § 73 III 2 VwGO) ein Kostenausspruch ergehen muß (arg. §§ 114 III, 115 IX BDO).²³²
- Eine (anschließende) Klageerhebung wird als „Antrag auf gerichtliche Entscheidung“ besonders bezeichnet (§ 31 III BDO). Hierfür gilt nun die generell übliche Monatsfrist (vgl. § 74 VwGO), allerdings eine striktere Begründungspflicht (§ 31 III 2 BDO; vgl. § 82 I 2 VwGO), andererseits die Möglichkeit, den Antrag auch bei der Beschwerde- bzw. obersten Dienstbehörde einzureichen (§ 31 III 3 i. V. m. I 2 BDO, gegenüber § 81 I 1 VwGO). Beschwerde und Antrag auf Entscheidung des BDiszG haben Suspensiveffekt (entspr. § 80 I 1 VwGO), was vor allem aus § 117 II BDO erhellt.²³³
- f) Trifft das Gericht alsdann einen endgültigen Beschluß – beinhalte dieser nun Aufrechterhaltung, Abänderung, Aufhebung der Disziplinarverfügung oder Verfahrenseinstellung (§ 31 IV 4, 5 BDO) –, so erwächst dieser in formeller und materieller Rechtskraft (vgl. § 32 I BDO).²³⁴ Eine Verschärfung der Disziplinarmaßnahme durch das BDiszG scheidet aus; eine erneute Ausübung der Disziplinarbefugnis durch die zuständigen Behörden zu Ungunsten des Betroffenen bis hin zur nunmehrigen Einleitung des förmlichen Verfahrens wegen desselben Sachverhalts kommt nach einer abschließenden BDiszG-Entscheidung nur ausnahmsweise, bei deren Fehlen aber in einem nur durch die zeitliche Begrenzung des § 32 II 3 BDO eingeschränkten Umfang in Betracht.²³⁵

3. Disziplinargerichtliches („förmliches“) Verfahren

- a) Das mittels schriftlicher Verfügung der Einleitungsbehörde(n) – s. § 35 BDO²³⁶ – in Gang gesetzte, ab deren Zustellung an den Beamten wirksam gewordene (§ 33 S. 2, 4 BDO) förmliche Disziplinarverfahren gliedert sich in eine Untersuchung und ein (freilich nicht notwendig) nachfolgendes Verfahren vor den Disziplinar-Gerichten (§ 33 S. 1 BDO). Jedoch vermag ein (Ruhestands-)Beamter selbst ein „Selbstreinigungsverfahren“ in die Wege zu leiten, um den gegen ihn bestehenden Verdacht pflichtwidrig-schuldhaften Verhaltens zu beseitigen (§ 34 BDO)²³⁷. Zwar kann ein Betroffener – anders als der Bundesdisziplinaranwalt nach § 39 BDO – nicht die Durchführung des Verfahrens erzwingen; er kann aber die Ablehnung seines Antrags auf Einleitung, wenn dort der Vorwurf nicht völlig ausgeräumt wird, vor das BDiszG bringen, welches dann (endgültig) feststellt, ob ein Dienstvergehen vorliegt (s. § 34 S. 4 BDO).
- b) „Nach Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens wird eine Untersuchung durchgeführt“ (§ 56 I 1 BDO); von ihr kann nur unter den Voraussetzungen des S. 2 ebd. abgesehen werden²³⁸. Ihr Ablauf ist in §§ 56–63 BDO wesentlich detaillierter geregelt als der Verlauf der Vorermittlungen; auch dieser prozedurale Abschnitt endet aber mit einem „zusammenfassenden Bericht“ des Untersuchungsführers (§ 63 II BDO), nach der abschließenden Äußerung des Beamten (Abs. 1 ebd.). Im Hinblick auf § 74 I 1, 3, II sowie § 75 II BDO erweist sich die Untersuchung oft als eine ausgegliederte, vorweggenommene Beweisaufnahme²³⁹; allerdings sind sowohl der Bundesdisziplinaranwalt als auch der angeschuldigte Beamte berechtigt, die nochmalige Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen sowie weitere Beweiserhebungen zu beantragen (s. § 68 BDO), und diesem Ansinnen ist in der Regel zu entsprechen (§ 74 III BDO).²⁴⁰
- c) Bis zum Eingang der vom Bundesdisziplinaranwalt gefertigten Anschuldigungsschrift (§ 65) beim BDiszG, mit dem das Verfahren dort anhängig wird (§ 67 I BDO), bleibt die Einleitungsbehörde für dessen Weitergang zuständig. Unter bestimmten, in § 64 I 1 BDO aufgelisteten Voraussetzungen muß sie eine Einstellungsverfügung treffen; sie darf diese aber auch tun, wenn sie solches „nach dem Ergebnis der Untersuchung oder aus anderen Gründen für angebracht hält“ (§ 64 II 1 BDO): Über eine derartige Absicht muß jedoch vorab der Bundesdisziplinaranwalt informiert werden, dessen Widerspruch ein Verbot der Verfahrenseinstellung bewirkt (s. § 64 III 2); umgekehrt vermag sich der Beamte bei für ihn nachteiliger Begründung der Verfügung hiergegen wieder zur Wehr zu setzen (§ 64 III 4 i. V. m. § 34 S. 4–6 BDO).²⁴¹
- Die Einstellung bleibt im übrigen auch in diesem Stadium vorläufig (s. § 64 IV); andererseits darf die Einleitungsbehörde hier auch selbst – bzw. über eine Abgabe an höhere Dienstvorgesetzte – die Disziplinarmaßnahmen Verweis und Geldbuße verhängen (§ 64 II 2), wogegen dann die Rechtsbehelfe des § 31 BDO gegeben sind.
- d) Beim BDiszG sind der Hauptverhandlung noch einige Verfahrensschritte vorgelagert (§§ 67–71 BDO); bedeutsam sind dabei vor allem die Schutzvorkehrungen zugunsten einer umfassenden Verteidigung des Betroffenen (§§ 67 II, IV, 68, 70 BDO). Ursprünglich in einem speziellen Gesetz geregelt, ist zum 1. 1. 1991 mit der VwGO-Novelle die Möglichkeit eines Disziplinarge-

richtsbescheids in die BDO (§ 70 a) eingefügt worden.²⁴² Hier wird der Vorsitzende (§§ 45 I, 50 I BDO) allein anstelle der Kammer tätig; Voraussetzung für einen derartigen, zu begründenden Beschluß ist zum einen das Fehlen „besonderer Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art“, des weiteren das Einverständnis von Bundesdisziplinaranwalt und Beamten mit dem beabsichtigten Entscheidungsinhalt (§ 70 a I 2); schlimmstenfalls kann es hier zu einer (Ruhe-)Gehaltskürzung kommen (§ 70 a I 1 Nr. 1 BDO). Allerdings hat der Verzicht auf das Normalverfahren auch zur Folge, daß keine Anfechtung möglich ist, der Gerichtsbescheid vielmehr einem rechtskräftigen Urteil gleichsteht (§ 70 a II 2 BDO). Hierauf muß rechtzeitig hingewiesen werden.²⁴³

- e) Die gerichtliche Hauptverhandlung darf grundsätzlich auch in Abwesenheit des Beamten stattfinden (§ 72 I 1), dessen persönliches Erscheinen jedoch angeordnet, nicht aber erzwungen werden kann (S. 3 ebd.).²⁴⁴ Der Abschluß der Öffentlichkeit (§ 73 I 1 BDO)²⁴⁵ dient vornehmlich den Interessen des Betroffenen daran, private Umstände nicht jedweden preisgeben zu müssen, so daß der Beamte auch die umgekehrte Entscheidung treffen kann (II 1 ebd.); freilich gelten dann für die Ausschließung des Publikums die allgemeinen Regeln des GVG (§ 73 II 2 BDO). Der Gang der Hauptverhandlung in Disziplinarsachen (§ 74 BDO) lehnt sich an den Strafprozeß an (§§ 243 ff. StPO), und der Gegenstand der Urteilsfindung wird ähnlich wie im Falle der §§ 264–266 StPO durch die Anschuldigungspunkte (§§ 65, 67 III BDO) und die ordnungsgemäß in das Verfahren eingeführten Beweise bestimmt und begrenzt (§ 75 BDO). Eine Verurteilung ist nicht nur zu einer dem förmlichen Verfahren vorbehaltenen, sondern zu jeder (der in § 5 I BDO genannten) Disziplinarmaßnahme(n) statthaft, § 78 I BDO. Ist ein Dienstvergehen hingegen nicht erwiesen, so muß der Beamte freigesprochen werden (Abs. 2 ebd.). Schließlich sieht § 76 III sowohl eine obligatorische Einstellung (S. 1) – ggf. noch vor einer Hauptverhandlung durch Beschluß (S. 2) – als auch die Möglichkeit einer solchen Entscheidung bei Geringfügigkeit vor (§ 76 III 3 i. V. m. § 31 IV 5 BDO).²⁴⁶ Die mündliche Urteilsverkündung ist in § 78 BDO im wesentlichen wie in § 268 StPO gestaltet; für die schriftliche Abfassung kann § 267 StPO als Muster dienen.²⁴⁷
- f) Rechtsmittel im förmlichen Disziplinarverfahren sind Beschwerde (§ 79) und Berufung (§ 80); ihre Einlegung verhindert den Eintritt der Rechtskraft (§ 89 I BDO). Dabei sind nicht endgültige Beschlüsse des BDiszG, welche der Urteilsfällung vorausgehen, nur ausnahmsweise angreifbar (§ 79 I aE); zu diesen speziellen Fällen zählt allerdings auch der Aussetzungsbeschluß nach § 67 IV BDO.²⁴⁸ Ansonsten ist die Beschwerde insonderheit gegen einen Beschluß des BDiszG gegeben, der eine Berufung als unzulässig verwirft (§ 83 BDO). Beschwerdefrist (2 Wochen, § 79 II) und Abhilfebefugnis (§ 79 III BDO) entsprechen den VwGO-Regeln (s. §§ 147 I 1, II, 148 I ebd.). Urteile des BDiszG unterliegen der Berufung an das BVerwG innerhalb eines Monats nach ihrer Zustellung (§ 80 I 1 i. V. m. § 78 III Hs. 1 BDO); die in der Berufungsschrift (§ 81) zu stellenden Anträge müssen begründet werden (§ 82 S. 2 BDO). Der Bundesdisziplinaranwalt ist zur Einlegung dieses Rechtsmittels gehalten, wenn die Einleitungsbehörde das verlangt (§ 80 III BDO). Das Verbot der Schlechterstellung eines Berufungsführers (§ 25 BDO i. V. m. § 331 I StPO) wird durch § 80 IV BDO nur scheinbar durchbrochen, um den

Dauerkriterien der Bedürftig- bzw. Würdigkeit angemessen Rechnung tragen zu können.²⁴⁹ Zulässig ist eine Bechränkung der Berufung auf die Anfechtung rechtlich selbständiger Teile des Urteils, insbesondere auf die Entscheidung über die Disziplinarmaßnahme oder den Unterhaltsbeitrag.²⁵⁰ Durch Beschluß außerhalb der Hauptverhandlung kann das BVerwG – der Senat besteht dann nur aus drei richterlichen Mitgliedern (§ 55 II 1 BDO) – die Berufung als unstatthaft oder nicht form- bzw. fristgerecht verwerfen (§ 85 I Nr. 1 i. V. m. § 83 BDO), das Verfahren wegen formeller Unzulässigkeit einstellen (§ 85 I Nr. 2 i. V. m. §§ 76 III 1, 64 I 1 Nr. 1–5 BDO) oder, nach Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils, die Sache an das BDiszG zurückzuverweisen (§ 85 I Nr. 3); die nunmehr befaßte Kammer ist dabei an die rechtliche Beurteilung des BVerwG gebunden (§ 88 BDO).²⁵¹ Bei zulässigem und begründetem Rechtsmittel hat das BVerwG die Wahl zwischen eigener Entscheidung in der Sache (durch Urteil) oder Zurückverweisung (durch Beschluß), § 86 BDO; die Akte werden dann entweder mit Verkündung (§ 87 I 1 i. V. m. § 78 I 1) oder mit Zustellung (§ 85 III) rechtskräftig (§ 90 BDO).

- g) Im förmlichen Disziplinarverfahren können dem Beamten gegenüber bereits einige vorläufige Regelungen getroffen werden, die seine Rechts(- und Pflichten)stellung nachhaltig berühren. Ab Einleitung ist eine vorläufige Dienstenthebung möglich (§ 91 BDO); sie wird mit der Zustellung der betr. Verfügung an den Beamten wirksam (§ 94 S. 2 Hs. 1) und endet mit dem rechtskräftigen Verfahrensabschluß (§ 95 IV BDO). Die Zuständigkeit hierfür liegt bei der Einleitungsbehörde; jedoch ist der Bundesdisziplinaranwalt in der Lage, diese zum Erlaß wie zur Aufhebung oder Änderung der Maßnahme zu veranlassen (§ 95 I, II), während der Betroffene eine Überprüfung durch das BDiszG herbeiführen kann (§ 95 III BDO).²⁵² Weiterhin läßt § 92 BDO Anordnungen der Einleitungsbehörde vorab über eine teilweise Einbehaltung der Dienstbezüge (Abs. 1) bzw. des Ruhegehalts (Abs. 3) zu; ein derartiges Vorgehen ist auch im Verfahren nach § 126 BDO gegen Probe- oder Widerrufsbeamte denkbar (s. I 3 ebd.).²⁵³ Zulässig ist die bis zu 50 bzw. 33⅓%ige Kürzung nur, wenn die disziplinäre Höchstmaßnahme mit überwiegender Wahrscheinlichkeit zu gewärtigen ist.²⁵⁴ Nur dann, wenn das förmliche Verfahren auch diesen Ausgang nimmt, verfallen die Beträge endgültig (§ 96 I BDO).²⁵⁵ ansonsten muß eine Nachzahlung erfolgen (§ 96 II 1), wobei freilich gewisse Verrechnungen vorgesehen sind (§ 96 II 2, III), die zum Teil noch disziplinargerichtlich kontrolliert werden können (§ 122 III BDO).²⁵⁶
- h) Auch das Disziplinarrecht kennt, freilich allein in bezug auf das förmliche Verfahren, die Wiederaufnahme. Sie kann einmal einem rechtskräftigen Urteil des BDiszG oder BVerwG gegenüber betrieben werden bei gesetzlich nach Art oder Höhe nicht vorgesehenen Maßnahmen (§ 97 I), aber auch die Korrektur bestimmter Disziplinarmaßnahmen zugunsten (§ 97 II, III) wie zuungunsten eines (Ruhestands-)Beamten (§ 97 IV BDO) bezwecken. Jedoch statuiert § 99 BDO eine Einschränkung, wenn nachträglich Strafurteile ergangen sind, die denselben Sachverhalt betrafen wie die Disziplinaentscheidung. Das Wiederaufnahmeverfahren ist in § 100 ff. BDO näher geregelt; ein Erfolg des Antrags führt zu Folgenbeseitigung (§ 108 BDO) und ggf. zu Entschädigungsansprüchen nach § 109 ebd.²⁵⁷ Daneben kommt dem Bundespräsidenten gem. Art. 60 II GG, § 120 I BDO ein Begnadigungsrecht zu; ein Gna-

dennerweis bewirkte im Ergebnis nichts anderes als die im Wege der Wiederaufnahme erreichte Aufhebung einer disziplinarischen Höchstmaßnahme oder auch des Verlusts der Beamtenrechte (s. § 50 BBG), § 120 II BDO i. V. m. § 51 BBG.²⁵⁸

- i) Die Kostenregelung der BDO sind überaus fragmentarisch, können aber nötigenfalls durch StPO-Bestimmungen ergänzt werden.²⁵⁹ (Gerichts-)Gebühren (s. § 11 GKG) werden nicht erhoben (§ 111 I BDO); die zu erstattenden Auslagen sind in Abs. 2 ebd. abschließend aufgezählt. Der Beamte kann lediglich Ersatz seiner „notwendigen“ Auslagen erhalten (§ 115 BDO), insbesondere die Kosten der Verteidigung.²⁶⁰ Werden ihm nach §§ 112–114 BDO hingegen Kosten auferlegt, so können diese nach § 118 I BDO mit Bezügen „verrechnet“ werden.²⁶¹

V. Ausblick

Zeitgemäßes Disziplinarrecht muß sich an den Kriterien der Effizienz und Akzeptanz messen lassen. Nur eine konkrete Dienstbezogenheit fehlsamen Verhaltens läßt disziplinarische Sanktionen für die Betroffenen und die Personen in ihrem beruflichen wie privaten Umfeld nachvollziehbar werden. Daher kann der Feststellung Köhlers nur beigespflichtet werden:

„(D)ie Beamtenschaft soll mit den Mitteln des Disziplinarrechts nicht moralisch zu besseren Menschen erzogen werden, nicht rund um die Uhr dem Dienstherrn verpflichtet sein und auch nicht als perfekte, fehlerfrei arbeitende Muster-menschen hingestellt werden.“²⁶² Nur auf solcher Basis erweist sich (jedes) Disziplinarrecht als eines der notwendigen Übel in einem modernen Gemeinwesen.

1 Zit. nach Behnke, ZBR 1963, 257 (264).

2 BVerwGE 76, 176 (177).

3 BVerwGE 83, 1 (4).

4 BayVerfGH, BayVBl. 1989, 430 (431), zu Art. 39 ff. BayDO.

5 Fees, ZBR 1963, 257.

6 Drescher, RiA 1980, 141 ff.

7 Vgl. Heinrichs, ZBR 1989, 40 (46); dens., EuR 1990, 289 (291 ff.); ferner Oppermann, Europarecht (1991) 259, 264.

8 Des näheren Amerasinghe, The Law of the International Civil Service (1988) II, 811 ff.; s. a. Prieß, Internationale Verwaltungsgerichte und Beschwerdeausschüsse (1989) 98 ff.

9 Vom 4. 11. 1950, BGBl. 1952 II, 686, 953, mehrf. geänd.

10 S. etwa EGMR, J. D. I. 115 (1988) 887 ff. (Sér. A No. 127).

11 ÖJZ 1989, 30 (f).

12 Vgl. Oppermann, a. a. O. (Fn. 7) 36 f.

13 BVerwGE 73, 361 (363 ff.); BVerwG, DVBl. 1990, 259 (260); ebenso die EMRK-Organen (s. Frowein/Peukert, EMRK-Komm. (1985) Art. 6 Rdnr. 24 ff., 36; Miehsler, in: Golsong u. a., Internationaler Komm. zur EMRK (1985 ff.) Art. 6 Rdnr. 153); krit. Köhler/Ratz, BDO-Komm. (1989 A V. Rdnr. 128).

14 Vgl. BVerwGE 63, 114 (116 f.).

15 Verwaltungsrecht – Lehrbuch (1979) 179.

16 Vom 19. 2. 1969, BGBl. II, 163; vgl. Staatsrecht der DDR – Lehrbuch (1977) 437 ff.

17 A. a. O. (Fn. 15) 181 f.

18 Vgl. nur Stober, Handbuch des Wirtschaftsverwaltungs- und Umweltrechts (1989) 1051 ff., 1272 ff.

19 Vom 1. 8. 1959, BGBl. III 303–8 (= Schönfelder Nr. 98).

20 I. d. F. der Bek. vom 4. 11. 1975, BGBl. I, 2735.

21 I. d. F. der Bek. vom 5. 11. 1975, BGBl. I, 2803.

22 Vgl. bsp. bayer. Gesetz über die Berufsvertretungen und über die Berufsgeschäftsbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker (Kammergesetz) i. d. F. der Bek. vom 9. 3. 1978 (BayRS 2122–3-I) Art. 33, 41, 46, 54, 55 ff.; bayer. Architektengesetz i. d. F. der Bek. vom 26. 11. 1990 (GVBl. 513) Art. 15, 27 ff.

23 Vom 2. 10. 1961, BGBl. III 2122–1; vgl. etwa BVerwGE 31, 307 (310 ff.); VGH Kassel, NJW 1986, 2390 (2391 f.).

24 Conze, ZTR 1989, 3 (4).

25 Vgl. B. Müller, Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst (1989) Rdnr. 384, 401; Conze, a. a. O. (vorige Fn.) 6 und 53 f.

26 S. etwa Hamann, JA 1987, 536 (542 ff.).

27 B. Müller, a. a. O. (Fn. 25) Rdnr. 377 ff., 398 f.

28 Vgl. Hahn, Währungsrecht (1990) 241 f.

29 Zuvor: § 17 VI 1 BDSG 1977; dazu Dammann, in: Simitis u. a., BDSG-Komm. (2. A. 1979) § 17 Rdnr. 15.

30 Vgl. Battis, ZBR 1982, 37 ff. (zum BBahnG).

31 Ansätze bei Fangmann u. a., Handbuch für Post- und Telekommunikation (1990) 197; s. a. BVerwGE 49, 137 (142 ff.).

32 Vom 19. 3. 1956, BGBl. III 51–1 (= Satorius Nr. 640), als Bsp. s. BVerwGE 83, 26 ff.; 83, 28 ff.

33 I. d. F. vom 4. 9. 1972, BGBl. III 52–2. Vgl. parallel § 77 III BBG.

34 Vgl. § 58 S. 2 BDO; dazu Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 58 Rdnr. 15.

35 BVerwGE 33, 36 (37); allgem. vgl. Jarass/Pieroth, GG-Komm. (1989) Art. 104 Rdnr. 6; Pieroth/Schlink, Grundrechte – Staatsrecht II (6. A. 1990) Rdnr. 479, 483.

36 Vgl. Fröbe, Erl. zu § 66 ZDG, in: Das Deutsche Bundesrecht (1950 ff.) I P 35, 37 (66 f.).

37 Vgl. Jarass/Pieroth, a. a. O. (Fn. 35) Art. 12 a Rdnr. 2.

38 Vgl. Stauf, Erl. zu § 14 WDO, in: Das Deutsche Bundesrecht, I P 21, 57 (69 f.); s. a. BVerwGE 46, 72 (74 ff.).

39 Vgl. Fürst u. a., GKÖD (1973 ff.) I, T § 63 Rdnr. 2 ff.; BGHSt 27, 183 f.

40 Zur Rechtslage auf Länderebene s. z. B. Art. 56 (I) BayRiG; § 62 (II) LRiG BW; zur Zuständigkeit des BGH als Revisionsgericht §§ 62 II, 79 DRiG (= Schönfelder Nr. 97).

41 § 62 I Nr. 2–4 DRiG entsprechen etwa Art. 57 I Nr. 2–4 BayRiG, § 63 Nr. 2–4 LRiG BW.

42 Vgl. Büchner, RiA 1991, 65 (66).

43 Überblick in: GKÖD II, J 016 Rdnr. 1 ff.

44 Zur dortigen LDO (vom 1. 8. 1962, GBl. 141) insb. Stortz, VBilBW 1989, 241 ff.

45 S. etwa Obermayer, in: Maunz u. a., Staats- und Verwaltungsrecht in Bayern (5. A. 1988) 651 (655).

46 GVBl. 352; vgl. auch Obermayer, a. a. O. (vorige Fn.) 657.

47 Vom 31. 8. 1990, BGBl. II, 885; dazu H. D. Weiß, ZBR 1991, 1 (25 ff., 37); s. a. Nicksch, DtZ 1990, 340 (341 ff.); Battis, NJ 1991, 89 f (f).

48 NDO i. d. F. der Bek. vom 7. 7. 1982, GVBl. 357.

49 Vgl. Behnke, ZBR 1963, 258 (mit Fn. 15).

50 RGBl. I, 71; dazu Nadler/Wittland/Ruppert, DBG-Komm. (1938) § 22 Anm. 33 ff.

51 Vom 26. 11. 1952, BGBl. I, 749; die BDO in der Anlage (761).

52 Vgl. Jarass/Pieroth, a. a. O. (Fn. 35) Art. 73 Rdnr. 19.

53 Ebd., Art. 96 Rdnr. 3.

54 Ebd., Art. 96 Rdnr. 2.

55 Vgl. ebd., Art. 103 Rdnr. 11; Pieroth/Schlink, a. a. O. (Anm. 35) Rdnr. 1187.

56 So BVerfGE 26, 186 (203); s. a. Pieroth/Schlink, a. a. O. (Anm. 35) Rdnr. 1192; Wiese, Beamtenrecht (3. A. 1988) 141.

57 Jarass/Pieroth, a. a. O. (Fn. 35) Art. 19, 22; s. a. BVerwGE 83, 1 (9).

58 Pieroth/Schlink, a. a. O. (Fn. 35) Rdnr. 1197.

59 Vgl. ebd., Rdnr. 1214.

60 BVerfGE 21, 391 (401); 66, 337 (356 f.); BayVerfGH, BayVBl. 1989, 430 (432); BVerwGE 83, 1 (17 f.); ferner Wiese, a. a. O. (Fn. 56) 136 ff.; Ukena, ZBR 1987, 208 ff.

61 So BVerfGE 32, 40 (48).

62 BVerfGE 21, 378 (384).

63 Vgl. ferner § 67 V BDO; dazu Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 67 Rdnr. 42; allgem. GKÖD II, K § 26 Rdnr. 4 ff.

64 S. etwa BGHSt 35, 148 ff.; BGH, JZ 1986, 652; BGH, NJW 1989, 2900.

65 Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 3 Rdnr. 5, § 26 Rdnr. 1; Claussen/Janzen, BDO-Handkomm. (5. A. 1985) § 26 Rdnr. 6 a–6 c; GKÖD II, K § 26 Rdnr. 10; Wiese, a. a. O. (Fn. 56) 145.

66 I. d. F. vom 15. 3. 1985 (BANz. 3053); vgl. GKÖD II, K § 26 Rdnr. 42 f.

67 Vgl. BVerfGE 65, 1 (41 ff.); ferner OLG Hamm, NJW 1988, 1402; Pieroth/Schlink, a. a. O. (Fn. 13) Rdnr. 432, 441.

68 Vgl. DRiZ 1991, 65, 67; ferner Vogelgesang, DVBl. 1989, 962 (968); Fleig, NJW 1991, 1016 (1017 mit Fn. 17).

69 I. S. v. § 3 I BDSG 1990 (= Sartorius Nr. 245); bisher § 2 I BDSG 1977; vgl. Dammann, in: Simitis u. a., a. a. O. (Fn. 29) § 2 Rdnr. 2 ff.

70 Vgl. Fleig, NJW 1991, 1018 f.

71 S. dazu näher unten, II.2.b).

72 Ebenso Fleig, NJW 1991, 1020 f.

73 Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 17 Rdnr. 1 a.

74 Vgl. ebd., Rdnr. 10 a.

75 Zur Neufassung der Vorschrift durch Art. 7 § 6 des „Betreuungsgesetzes“ vom 12. 9. 1990 (BGBl. I, 2002) allgem. Coester, Jura 1991, 1 (3 ff.); s. a. BVerwG, Dok. Ber. B 1989, 181 f. und 293 f.

76 Vgl. Göhler, OWiG-Komm. (8. A. 1987) § 71 Rdnr. 42 a.

77 S. etwa BVerwGE 73, 31 (32 f.); 83, 228 (230 f.); BVerwG, Dok. Ber. B 1990, 96 (97 f.), 315 (317 f.); BDiszG, RiA 1990, 43 f.; zu Grenzen der Bindung BVerwGE 83, 180 f.; zu § 18 II BDO s. BVerwGE 83, 221 (222 f.).

- 78 Vgl. Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 32 Rdnr. 3.
- 79 Vgl. GKÖD II, K § 32 Rdnr. 88.
- 80 Differenzierend GKÖD II § 26 Rdnr. 18, § 21 Rdnr. 12 ff.
- 81 Vgl. Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 21 Rdnr. 2 a; GKÖD II, K § 21 Rdnr. 149; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 21 Rdnr. 2.
- 82 BVerwG, DÖV 1991, 425 (f.); s. a. Ukena, ZBR 1987, 211.
- 83 Vgl. z. B. BVerwGE 73, 53 ff., 211 ff., 252 (255 ff.), 257 ff.; 76, 43 ff.; 83, 46 ff.
- 84 Dazu unten, bei Fn., 137, 138.
- 85 S. etwa BVerwGE 46, 229 (231 f.); Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 14 Rdnr. 3 a; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 14 Rdnr. 14.
- 86 DÖV 1991, 425 (f.); a. A. Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 14 Rdnr. 10. S. a. BFH, NJW 1991, 1320, zur Nichtabzugsfähigkeit derartiger Zahlungen als Spenden i. S. v. § 10 b I EStG.
- 87 Vgl. BVerwGE 76, 347 (348 f.); BVerwG, ZBR 1991, 92 f.; Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 17 Rdnr. 14.
- 88 Vgl. BVerwG, DVBl. 1987, 253 f.; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 17 Rdnr. 17; GKÖD II, K § 17 Rdnr. 55.
- 89 Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 17 Rdnr. 16; GKÖD II, K § 17 Rdnr. 51.
- 90 Vgl. aber auch unten, bei Fn. 217.
- 91 S. dazu Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 25 Rdnr. 4 ff.; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 25 Rdnr. 4 ff.
- 92 Vgl. Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 25 Rdnr. 3, § 40 Rdnr. 13; aber auch BVerwGE 76, 308 ff.; ferner D. Mayer, ZBR 1990, 385 ff.
- 93 Vgl. Büchner, RiA 1991, 75; GKÖD I, K § 6 Rdnr. 50; Wiese, a. a. O. (Fn. 56) 105 f.
- 94 Dazu GKÖD I, K § 48 Rdnr. 4.
- 95 Vgl. BVerwG, Dok. Ber. B 1990, 15 (16).
- 96 Krit. hierzu Nelles, JZ 1991, 17 ff.; des näheren etwa Gramlich, DVW 1990 H. 2, 8 ff.
- 97 Vgl. Dreher/Tröndle, StGB-Komm. (44. A. 1988) § 45 Rdnr. 7.
- 98 Ebd., § 56 g Rdnr. 1; s. a. GKÖD I, K § 48 Rdnr. 6.
- 99 Vgl. BVerwG, DVBl. 1990, 258 f.; GKÖD IV, O § 59 Rdnr. 12.
- 100 Vgl. Günther, DÖD 1990, 281 (292 f. mit Fn. 172); GKÖD I, K § 12 Rdnr. 17.
- 101 Vgl. BGHSt 31, 264 (267 ff.); BGH, MDR 1991, 166 (ff.); Büchner, RiA 1991, 66.
- 102 §§ 14, 28 StGB; vgl. Dreher/Tröndle, a. a. O. (Fn. 97) § 28 Rdnr. 5.
- 103 Ebd., § 46 Rdnr. 25 b; Göhler, a. a. O. (Fn. 76) § 17 Rdnr. 18 f.; s. a. BVerwGE 73, 252 (255).
- 104 Vgl. GKÖD I, K § 58 Rdnr. 2; ferner Pieroth/Schlink, a. a. O. (Fn. 35) Rdnr. 603.
- 105 Vgl. GKÖD I, K 58 Rdnr. 6; zur Einstellung gem. § 27 I BDO s. unten, IV.2.a).
- 106 Dazu Günther, ZBR 1985, 321 (325 ff.) und 1987, 129 (132); als Bsp. s. BVerwG, DÖV 1990, 390 (391); VG Sigmaringen, NVwZ 1991, 199 ff.
- 107 S. etwa BVerwG, DVBl. 1990, 254 (256); BayVGh, BAyVBl. 1988, 630 f.; GKÖD I, K § 31 Rdnr. 10; aber auch Günther, ZBR 1985, 327 bzw. 1987, 134.
- 108 Büchner, RiA 1991, 75 f.; Günther, ZBR 1985, 334 ff. bzw. 1987, 142 ff.; s. a. BVerfG, NVwZ 1990, 853.
- 109 Dazu insb. Müssig, DÖD 1989, 84 (90 f.); ArchPF 1989, 217 (220 f.); ZBR 1990, 109 (116); ArchPF 1990, 128 (134); Leisner, ZBR 1989, 193 (199 f.); Büchner, RiA 1991, 73.
- 110 Vgl. z. B. BVerwG, BayVBl. 1988, 26 f.; näher Riedmaier, DÖV 1989, 386 ff.
- 111 Zur Inhaftierung s. BayVGh, DÖV 1985, 329 f.; VGH Kassel, DÖV 1988, 133 f. und RiA 1989, 272 (274); ferner BVerwGE 73, 27 ff., 227 ff.; 76, 142 ff.; OVG Koblenz DÖD 1990, 42 f.
- 112 BVerwGE 83, 37 f.
- 113 Als Bsp. s. ABl. BPM 1989, 1539; vgl. auch BVerwGE 83, 40 ff.
- 114 Vgl. Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 121 Rdnr. 4 f.
- 115 Vgl. GKÖD I, K § 77 Rdnr. 2.
- 116 S. ebd., Rdnr. 36.
- 117 Zusammenfassend etwa GKÖD I, K § 54 Rdnr. 10 ff.; s. a. unten, bei Fn. 144 ff.
- 118 Vom 20. 7. 1967 (BGBl. I, 725) Art. II § 2 Nr. 3 a).
- 119 S. nur Döring, ZBR 1967, 228 f (f); H. Arndt, ArchPF 1968, 77 (78); GKÖD I, K § 77 Rdnr. 22; ferner Gröning, PersR 1988, 289 f (f).
- 120 Wiese, a. a. O. (Fn. 56) 26 ff.; Pieroth/Schlink, a. a. O. (Fn. 35) Rdnr. 538, 850.
- 121 Vgl. Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 26 Rdnr. 4; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 26 Rdnr. 2.
- 122 Vgl. Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) Einl. C 60 a; GKÖD I, K § 77 Rdnr. 29.
- 123 Vgl. GKÖD I, K § 77 Rdnr. 30 f.
- 124 S. aber bspw. BVerwGE 76, 192 (197 f.); 83, 237 (239); BVerwG, Dok. Ber. B 1988, 105 (107); BVerwG, DÖD 1991, 65 (f.). Eingehend jedoch die Berichte des BDiszA (Claussen, ZBR 1986, 223 ff.; Wätler, ZBR 1989, 321 ff., 353 ff.).
- 125 Vgl. GKÖD II, J 090 Rdnr. 4 ff.; s. a. BVerwGE 73, 35 (37 ff.); Günther, ZBR 1989, 164 (170).
- 126 GKÖD II, J 090 Rdnr. 11 ff.
- 127 So Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) B.I. Rdnr. 3; ähnlich Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) Einl. C 59 a; GKÖD II, J 090 Rdnr. 8 f.; problematisch VGH Mannheim, VBIBW 1988, 34 ff.
- 128 Vgl. GKÖD I, K § 77 Rdnr. 26, II, J 090 Rdnr. 14 ff.
- 129 S. nur Palandt/Thomas, BGB-Komm. (50. A. 1991) § 839 Rdnr. 10 ff. bzw. § 831 Rdnr. 10.
- 130 Vgl. Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) Einl. C 31 b; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) B.II.7 Rdnr. 1; a. A., anscheinend GKÖD I, K § 55 Rdnr. 5. S. z. B. VG Berlin, ZBR 1989, 125 f.
- 131 Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) Einl. C 1 a; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) B.II.11. Rdnr. 1.
- 132 Vgl. Wiese, a. a. O. (Fn. 56) 109 f.
- 133 Anders bei Angestellten (s. BAG, NJW 1989, 2562 [2563]; NJW 1990, 597 [598 f.]) und auch bei Lehrbeauftragten (s. BVerwG, DVBl. 1989, 619 [620 f.]; dazu Hufen, JuS 1989, 1012 f.); s. a. Conze, ZTR 1989, 50 f.
- 134 Vgl. BVerwGE 73, 263 (286 f.); 76, 157 (171 f.); 83, 158 (176 f.); BVerwG, DVBl. 1986, 947 (949 f.).
- 135 S. etwa OVG Lüneburg, NJW 1986, 1126 ff.; BVerfG, EuGRZ 1988, 327 f.; VGH Mannheim, VBIBW 1987, 314 ff. und 1988, 446 f.; BVerwG, DVBl. 1990, 644 ff.; H. D. Weiß, ZBR 1988, 109 ff.
- 136 Vgl. z. B. OVG Koblenz, DÖV 1985, 331 f., mit Anm. Nierhaus, ebd., 632 ff.; VG Ansbach, BayVBl. 1989, 442 f.
- 137 Vgl. BVerwGE 76, 103 (104 ff.); OVG Münster, NJW 1990, 2950 f.; Wurth, Fs. Claussen (1988) 157 (169 ff.).
- 138 S. nur BVerwGE 83, 82 (83), 125 (126 ff.); J. Fischer, DÖD 1988, 173 ff.; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) B.II.5 Rdnr. 5 ff.
- 139 Vgl. Fangmann u. a., a. a. O. (Fn. 31) 227 ff.
- 140 Des näheren Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) Einl. C 20 ff.; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) B.II.9, 10, passim; s. ferner zu § 70 BBG BVerwGE 73, 71 ff.; 83, 49 ff.
- 141 S. etwa Nds. DiszH, NJW 1988, 2918 (2920); VG Berlin, NJW 1989, 1821 f.
- 142 Vgl. Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) B.II.7 Rdnr. 4, 14.
- 143 Dagegen BVerwGE 83, 36 (37); s. a. BVerwGE 73, 118 (119 f.); a. A. Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) B.II.8 Rdnr. 9.
- 144 Zu Einzelheiten Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) Einl. C 44, 54, 56; GKÖD I, K § 54 Rdnr. 20 ff.; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) B.II.11 Rdnr. 2 ff.; s. a. Wahlers, PersV 1989, 505 ff.
- 145 Vgl. GKÖD I, K § 54 Rdnr. 16.
- 146 Umgekehrt kann bereits der Versuch einer Straftat (§ 22 StGB) ein vollendetes Dienstvergehen darstellen, BVerwG, ZBR 1990, 215 f.
- 147 So bereits BVerwGE 33, 117 (120) und 123 (124).
- 148 S. z. B. BVerwG, Dok. Ber. B 1990, 217 (219 f.); näher Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) B.II.12 Rdnr. 5 f., 12 f.
- 149 Vgl. etwa BVerwGE 76, 350 (351 f. – zum SoldatenG); Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) B.II.12 Rdnr. 22 ff.
- 150 Vgl. Wilhelm, FamRZ 1963, 330 (332 ff.).
- 151 BDHE 4, 48 (51 f.); dazu Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) Einl. C 67 a, b.
- 152 Vgl. Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) Einl. B 6 a, b; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) A.I. Rdnr. 10 ff.
- 153 Vgl. nur BVerwGE 76, 366 (370).
- 154 S. z. B. BVerwGE 73, 166 ff. und 178 (180); 76, 176 (178); 83, 1 (5); BVerwG, Dok. Ber. B 1991, 105 (111); zu § 10 II WDO Bayer, Fs. Claussen (1988) 65 ff.
- 155 Vgl. Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) A.I. Rdnr. 16 f.; Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) Einl. B 7 a ff.
- 156 Vgl. BVerwG, Dok. Ber. B 1989, 21 (26); BDiszG, DÖD 1988, 193 f.; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 4 Rdnr. 10 ff.
- 157 Vgl. BVerwGE 76, 90 (92), sowie als Ausnahme BVerwGE 76, 371 (374 f.); s. a. Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 14 Rdnr. 4.
- 158 Vgl. BVerwGE 76, 176 (177 ff.); 83, 384 (387 f.).
- 159 S. a. BVerwGE 83, 59 f.
- 160 Vgl. BVerwGE 76, 237 (239 ff.); Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 119 Rdnr. 9, § 122 Rdnr. 5; s. a. Els, ZBR 1988, 317 ff.
- 161 Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 119 Rdnr. 7.
- 162 Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) Einl. B 10 ff.; GKÖD I, K § 77 Rdnr. 17; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) A.I. Rdnr. 21 ff.
- 163 Vgl. Günther, ZBR 1988, 297 (302 ff.); s. a. oben, bei Fn. 130.
- 164 GKÖD I, K § 77 Rdnr. 17; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) A. I. Rdnr. 26.
- 165 Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) Einl. B 15; s. a. BVerwGE 83, 327 ff.
- 166 S. oben, bei Fn. 75; hierzu etwa BVerwG, ZBR 1990, 151.
- 167 Vgl. Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) A.I. Rdnr. 31.
- 168 S. etwa BVerwGE 73, 97 (106 f.); 76, 128 (135); BVerwG, DVBl. 1990, 261 (263); GKÖD I, K § 77 Rdnr. 20.
- 169 Dazu instruktiv Wätler, ZTR 1989, 335 (340 ff.).
- 170 Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 3 Rdnr. 3 c; GKÖD II, K § 3 Rdnr. 16; s. a. BVerwGE 83, 268 (269 f.).
- 171 S. allgem. GKÖD II, K § 10 Rdnr. 28, i. V. m. I, K § 68 Rdnr. 3, und § 69 Rdnr. 4.

- 172 Neubek. vom 13. 3. 1990, BGBl. I, 487).
- 173 Irrelevant bleiben Verweis und Geldbuße bis 300,- DM. S. hierzu BVerwG, Dok.Ber. B 1990, 16; Biel, RiA 1990, 172 (177 ff.).
- 174 Vom 20. 11. 1967, BGBl. I, 1158 (inhaltlich weithin deckungsgleich mit § 1 II BBesG).
- 175 Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 11 Rdnr. 3.
- 176 Erlassen am 7. 11. 1967 (GMBL 486) auf der Grundlage von § 131 I BDO; s. a. Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 11 Rdnr. 5.
- 177 Zu den Voraussetzungen etwa Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 77 Rdnr. 4 a ff.; als Bsp. s. BVerwG, RiA 1988, 76 f.; BVerwG, Dok.Ber. B 1989, 147 (152).
- 178 Dazu etwa BVerwGE 76, 205 ff.
- 179 Vgl. Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 11 Rdnr. 3, § 12 Rdnr. 4; s. a. BVerwGE 76, 186 ff. sowie § 8 SGB VI.
- 180 Hierzu Czermak, BayVBl. 1989, 193 ff.; Wattler, ZTR 1989, 344 f.; s. ferner OVG Koblenz, DÖD 1990, 67 ff.
- 181 Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 124 Rdnr. 2; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 6 Rdnr. 3.
- 182 So bspw. bei der DBP POSTBANK vom einfachen bis zum gehobenen Dienst (s. unten, Fn. 236).
- 183 Vgl. Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 117 Rdnr. 6; ähnlich Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 117 Rdnr. 5, 7.
- 184 Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 12 Rdnr. 1.
- 185 Wie hier GKÖD II, K § 9 Rdnr. 13; a. A. Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 9 Rdnr. 3; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 9 Rdnr. 4.
- 186 Köhler/Ratz, ebd., s. a. Schwandt, Fs. Claussen (1988) 175 ff.
- 187 Vgl. BVerwGE 76, 19 (20); Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 10 Rdnr. 2 a.
- 188 Vgl. dies., ebd., Rdnr. 4 b.
- 189 Vgl. BVerwGE 76, 176 (180 f.); Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 39 Rdnr. 1.
- 190 Vgl. Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) Einl. D 3 a, c; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) A.IV. Rdnr. 77; s. z. B. BVerwG, ArchPF 1991, 247 f.
- 191 S. etwa BVerwGE 73, 11 (13), 178 (181); BVerwG, BayVBl. 1991, 155.
- 192 Vgl. nur BVerwGE 76, 138 (141), 356 (352); Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) A.IV. Rdnr. 107.
- 193 S. z. B. BVerwG, ArchPF 1991, 249 f.; des näheren Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) Einl. D 10 a ff.
- 194 Vgl. BVerwGE 73, 200 (201 f.); 76, 87 (89), 98 (100 f.); BVerwG, Dok.Ber. B 1988, 9 (11 f.); BVerwG, ArchPF 1991, 248 f.
- 195 S. etwa BVerwGE 76, 207 (209 f.), 232 (235); Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) A.IV. Rdnr. 88 ff.
- 196 Vgl. BVerwGE 76, 228 (229); BVerwG, RiA 1989, 107 f.; ferner Conze, ZTR 1989, 47 ff.
- 197 Als Bsp. s. BVerwGE 76, 340 (341 f.); 83, 237 (240 f.); BVerwG, Dok.Ber. B 1989, 7 (8 f.); BVerwG, DÖD 1991, 32 ff.
- 198 Vgl. etwa BVerwGE 76, 28 f., 222 (224 f.).
- 199 Vgl. BVerwGE 76, 145 (147 ff.). Spielleidenschaft gehört freilich nicht hierher (s. BVerwG, ArchPF 1991, 250 f.).
- 200 Vgl. BVerwGE 83, 382 (383 f.); BVerwG, Dok.Ber. B 1991, 37 (38 f.); BVerwG, DÖD 1991, 63 ff.; BDiszG, DÖD 1988, 191 f.; a. A. noch BVerwGE 73, 290 (292 f.). S. a. J. Fischer, DÖD 1988, 283 ff.; H. D. Weiß, PersV 1988, 474 ff. und 1989, 254 f.; Klein, PersV 1989, 251 ff.; Ostler, NVwZ 1989, 436 f.
- 201 Vgl. BVerwG, NJW 1989, 2554 (2558); s. bereits oben, bei Fn. 134.
- 202 S. z. B. BVerwG, RiA 1989, 192 ff.; BVerwG, Dok.Ber. B 1989, 261 (263 f.).
- 203 Vgl. BVerwGE 73, 370 (372 ff.); 76, 216 (218 f.); 83, 217 ff.
- 204 Vgl. BVerwGE 73, 115 ff.; 76, 189 (191 f.).
- 205 Hierzu BVerwGE 73, 322 (327 ff.); 76, 211 (212 ff.); Würth, Fs. Claussen (1988) 166 ff.
- 206 Vgl. GKÖD II, K § 14 Rdnr. 37; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) B.II.5 Rdnr. 10; s. bereits oben, bei Fn. 83.
- 207 Dazu jetzt BVerwG, NJW 1991, 1317 ff.
- 208 Vgl. BVerwGE 73, 336 (338); 76, 152 (156 f.); BDiszG, DÖD 1989, 271 f.; Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) Einl. D 9 g ff.
- 209 Jarass/Pieroth, a. a. O. (Fn. 35) Art. 92 Rdnr. 1, 9.
- 210 Vgl. H. D. Weiß, PersV 1989, 334 (345); GKÖD II, K § 31 Rdnr. 177; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 31 Rdnr. 35.
- 211 Vgl. BVerwG, Dok.Ber. B 1989, 21 (22 f.); Bieler, DÖD 1990, 201 (202); GKÖD II, K § 26 Rdnr. 26 f.
- 212 Vgl. BVerwGE 73, 62 (63); 76, 48 ff.; Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 26 Rdnr. 13; GKÖD II, K § 26 Rdnr. 61 ff.
- 213 S. etwa die BPM-VfG 314 a A 6274 vom 21. 10. 1983; ferner GKÖD II, K § 26 Rdnr. 63 f.
- 214 Dazu nur GKÖD II, K § 6 Rdnr. 12 a, § 27 Rdnr. 52, § 124 Rdnr. 5 a.
- 215 Vgl. GKÖD II, K § 60 Rdnr. 3; Wiese, a. a. O. (Fn. 56) 97 f.
- 216 Vgl. Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 26 Rdnr. 9 a, b; GKÖD II, K § 26 Rdnr. 67 ff.
- 217 S. nur GKÖD II, K § 26 Rdnr. 69, 129; offenlassend aber BVerwGE 76, 226 (227 f.); s. a. Bieler, DÖD 1990, 203.
- 218 S. insb. die Allg. VwV zu § 15 und zu § 56 (Nr. 2); des näheren Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 26 Rdnr. 12 b, und vor § 15 Rdnr. 13 c.; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) A. V. Rdnr. 128 und § 26 Rdnr. 8.
- 219 S. im einzelnen Claussen/Benneke, Das nichtförmliche Disziplinarverfahren (1988) 17 ff.; Bieler/Lukat, Voremittlung und Untersuchungsverfahren (2. A. 1988) 13 ff.
- 220 Vgl. GKÖD II, K § 26 Rdnr. 121 ff., i. K § 90 Rdnr. 45, 60 f.
- 221 Vgl. Bieler/Lukat, a. a. O. (Fn. 219) 35 ff. und 85 f.; GKÖD II, K § 26 Rdnr. 102 ff.
- 222 Hierzu DiszK Karlsruhe, ZBR 1990, 161 f.
- 223 Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 27 Rdnr. 1.
- 224 So Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 27 Rdnr. 8; a. A. GKÖD II, K § 27 Rdnr. 69.
- 225 Vgl. Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 30 Rdnr. 1; s. a. GKÖD II, K § 30 Rdnr. 14.
- 226 Des näheren GKÖD II, K § 30 Rdnr. 39 ff.
- 227 So Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 28 Rdnr. 3, i. V. m. A.V. Rdnr. 133 f.; s. aber BVerwGE 83, 202 (203 f.).
- 228 Anders bei der Einleitung des förmlichen Verfahrens (§ 78 I Nr. 3, II 2 BPersVG); dazu BVerwGE 76, 157 (158 f.), 181 (182 f.), 322 (323 ff.); BVerwG, NVwZ 1989, 1071 f., mit Anm. Ratz, PersR 1989, 233 f.; ferner Lorenzen u. a., BPersVG-Komm. (4. A. 1975 ff.) § 78 Rdnr. 31 ff.
- 229 Vgl. Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 28 Rdnr. 2.
- 230 GKÖD II, K § 31 Rdnr. 56; s. a. OVG Münster, NJW 1989, 120 f.
- 231 Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 31 Rdnr. 8.
- 232 Vgl. Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 31 Rdnr. 21 ff.
- 233 So Köhler/Ratz, ebd., Rdnr. 10 f. und 33; a. A. GKÖD II, K § 31 Rdnr. 62 und 154; s. a. Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) Vor § 79 Rdnr. 8.
- 234 Vgl. Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 32 Rdnr. 2.
- 235 S. ebd., Rdnr. 10 ff.
- 236 Der Grundsatz, daß hier die (gem. § 10 BBG) für die Ernennung zuständige Behörde (s. Büchner, RiA 1991, 70) handelt (§ 35 I 1 Nr. 2 BDO; als Bsp. AO vom 11. 5. 1990, BGBl. I, 1005, betr. DBP POSTBANK), ist von zahlreichen Ausnahmen durchbrochen. Hingegen enthält § 35 II eine klare Regelung der örtlichen Zuständigkeit; für Ruhestandsbeamte s. außerdem (§ 16 i. V. m.) § 15 II BDO.
- 237 Vgl. Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 34 Rdnr. 1 f.; ferner H. D. Weiß, PersV 1989, 335 ff.
- 238 Hierzu Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 56 Rdnr. 13 ff.
- 239 Vgl. ebd., Rdnr. 2; ferner Pickuth, PersV 1990, 517 (518).
- 240 Vgl. Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 74 Rdnr. 12, i. V. m. § 58 Rdnr. 2.
- 241 S. etwa BVerwGE 73, 97 (101); Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 64 Rdnr. 13.
- 242 Vgl. Art. 4 des Entlastungsgesetzes vom 31. 3. 1978 (BGBl. I, 446), sowie jetzt Art. 9 Nr. 1 des 4. VwGO-Änderungsgesetzes vom 17. 12. 1990 (BGBl. I, 2809); dazu Kopp, NJW 1991, 521 (522 f., 527); Stelkens, NVwZ 1991, 209 (216).
- 243 Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 67 Rdnr. 15.
- 244 Vgl. BVerwGE 73, 339 (341).
- 245 Anders als nach § 55 VwGO (i. V. m. § 169 GVG); bedenklich OVG Lüneburg, NJW 1991, 445 f.
- 246 Vgl. etwa BVerwG, NVwZ 1988, 735 f.
- 247 Vgl. Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 78 Rdnr. 2.
- 248 Vgl. BVerwG, Dok.Ber. B 1991, 124 (125), aber auch BVerwG, RiA 1989, 191 f.; ferner GKÖD II, K § 67 Rdnr. 65.
- 249 S. a. Bsp. BVerwG, DÖD 1988, 139 (f.); Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 80 Rdnr. 5, i. V. m. Vor § 79 Rdnr. 8.
- 250 Vgl. etwa BVerwGE 73, 374 (375 f.); 76, 237 (238 f.); OVG Münster, NJW 1987, 2034 (f.).
- 251 Vgl. BVerwGE 76, 326 (327 f.).
- 252 Hierzu BVerwGE 76, 201 ff., 344 (345); 83, 32 (33 ff.).
- 253 Vgl. BVerwGE 83, 77 ff.; BVerwG, Dok.Ber. B 1990, 235 (236 ff.); Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 126 Rdnr. 4, i. V. m. § 92 Rdnr. 6.
- 254 Dazu Bartha, ZBR 1988, 121 ff.; aus der Rspr. z. B. BVerwGE 76, 16 (17 ff.); 83, 32 (33 ff.), 376 (378 f.); BVerwG, Dok.Ber. 1991, 80 (81); OVG Münster, RiA 1989, 80 f.
- 255 Vgl. Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 96 Rdnr. 2.
- 256 Vgl. etwa BVerwGE 76, 333 (335 f.); BayVGh, ZBR 1991, 157 f.; Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 96 Rdnr. 13, i. V. m. § 122 Rdnr. 5 f.
- 257 Ersatzfähig sind allein Vermögensschäden (Köhler/Ratz, ebd., § 109 Rdnr. 1). S. a. BVerwGE 83, 265 (266), zu § 97 I BDO.
- 258 Allgem. dazu Wussow, DÖD 1989, 105 ff.; zu Amnestien s. BGH, NJW 1952, 1093 f.; GKÖD I, K § 50 Rdnr. 6.
- 259 Im einzelnen str.; vgl. Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) § 111 Rdnr. 1; Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 111 Rdnr. 1; ferner BVerwGE 73, 124 ff.
- 260 Vgl. bspw. BDiszG, ZBR 1989, 351; allgem. von Schwichow, DÖD 1989, 111 ff.; s. a. Allgem. VwV zu § 115.
- 261 Vgl. Claussen/Janzen, a. a. O. (Fn. 65) § 118 Rdnr. 1 f.
- 262 In: Köhler/Ratz, a. a. O. (Fn. 13) Einf. II (77).